

### Grenzen politischer Reform- und Handlungsspielräume in Iran: die Bedeutung innenpolitischer Dynamiken für die Außenpolitik

Akbari, Semiramis

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

**Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:**

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Akbari, S. (2007). *Grenzen politischer Reform- und Handlungsspielräume in Iran: die Bedeutung innenpolitischer Dynamiken für die Außenpolitik*. (HSFK-Report, 9/2006). Frankfurt am Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-283709>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Semiramis Akbari

# Grenzen politischer Reform- und Handlungsspielräume in Iran

Die Bedeutung innenpolitischer Dynamiken für  
die Außenpolitik

HSFK-Report 9/2006



Hessische  
Stiftung  
Friedens- und  
Konfliktforschung

Redaktionsschluss: 22. Januar 2007

© Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Adresse der Autorin:  
HSFK · Leimenrode 29 · 60322 Frankfurt am Main  
Telefon: (069) 95 91 04-0 · Fax: (069) 55 84 81  
E-Mail: [akbari@hsfk.de](mailto:akbari@hsfk.de) · Internet: [www.hsfk.de](http://www.hsfk.de)

**ISBN-10: 3-937829-41-5**

**ISBN-13: 978-3-937829-41-8**

Euro 6,-

## Zusammenfassung

Nahezu täglich berichten die Medien über Irans Nuklearambitionen. Das internationale Medieninteresse an Teherans Atompolitik hat insbesondere seit dem Amtsantritt des sechsten Staatspräsidenten der Islamischen Republik im August 2005 zugenommen. Entgegen den Erwartungen und Prognosen im In- und Ausland wurde in Iran am 24. Juni 2005 ein Ultrakonservativer zum Nachfolger des reformorientierten fünften Staatspräsidenten Mohammad Khatami (1997-2005) gewählt. Der Sieg Mahmud Ahmadinejads wird nicht nur als eines der wichtigsten Ereignisse in die postrevolutionäre Geschichte der Islamischen Republik Irans eingehen, sondern stellt zugleich eine Zäsur im Verhältnis der westlichen Staatengemeinschaft zu Iran dar.

Dies lässt sich unter anderem daran ablesen, dass die internationale Kritik, insbesondere der USA an Iran enorm zugenommen hat. Die Bush-Regierung begreift den schiitischen Gottesstaat vor allem aufgrund seiner Nuklearambitionen als Bedrohung für den Weltfrieden. Iran befindet sich seit 2003 in schwierigen Verhandlungen mit der Internationalen Atomenergie Organisation (IAEO) in Wien über das umstrittene iranische Nuklearprogramm. Neben dem multilateralen Kontrollregime (IAEO) spielen bei den Verhandlungen externe Akteure, darunter die USA, die EU-3 (Deutschland, Frankreich und Großbritannien) sowie Russland und China eine wichtige Rolle. Im März 2006 wurde schließlich der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eingeschaltet, der sich mit dem iranischen Atomprogramm befasst. Die schiitische Führung in Teheran muss sich mit der Resolution des UN-Sicherheitsrats seit Ende Dezember 2006 auf Sanktionen einstellen.

Eine weitere internationale Krise hat Staatspräsident Ahmadinejad mit seinen verbalen Attacken gegen Israel heraufbeschworen. Auf Seiten der internationalen Staatengemeinschaft wurden seine radikalen Äußerungen gegen diesen Mitgliedstaat der Vereinten Nationen (UN) scharf kritisiert. Insbesondere seine Rede auf einer Konferenz zum Thema „Die Welt ohne Zionismus“ im Oktober 2005 veranlasste den israelischen Vizeministerpräsidenten Schimon Peres dazu, den Ausschluss Irans aus der UN zu fordern. Der Konflikt um das iranische Nuklearprogramm hat sich ebenfalls infolge der verbalen Entgleisungen des iranischen Staatspräsidenten verschärft. Eineinhalb Jahre nach dem Wahlsieg Ahmadinejads scheint das Land auf die internationale Isolation zuzusteuern. Angesichts der beschriebenen Zuspitzung nimmt die internationale Öffentlichkeit die internen Krisentendenzen und Spannungen in Iran kaum noch wahr. Somit kommt in den aktuellen Analysen die Berücksichtigung von innenpolitischen Bestimmungsfaktoren und Implikationen des außenpolitischen Handelns zu kurz.

Das außenpolitische Verhalten Irans ist aber eng mit den innenpolitischen Entwicklungen verbunden. Denn der Aufstieg der ultrakonservativen Kräfte weist auf tief greifende Veränderungen der innenpolitischen Strukturen des Landes hin. Das innenpolitische Klima hat sich mit dem Wahlsieg Ahmadinejads sowie dem zunehmenden Einfluss der Revolutionsgarden und der Basiji-Milizen verschärft. Deren Machtbefugnisse als informeller Sondereinheit wurden erweitert und ihre finanziellen Mittel von der Regierung erhöht. Die Hauptaufgabe der Milizen besteht darin, die Reformkräfte in ihre Schranken zu weisen. Damit ist der Reformprozess einem islamischen Konservatismus gewichen und

der Einfluss der Reformen zunehmend zurückgedrängt worden. Mit dem Erstarren der Konservativen haben gleichzeitig die innerfraktionellen Konflikte im konservativen Lager zugenommen. An den gegenwärtigen öffentlichen Debatten lässt sich beobachten, dass gerade die Interessen- und Normenkonflikte sich dort verstärkt haben.

Der Report kommt zu dem Schluss, dass die Handlungsspielräume der moderateren Kräfte, darunter der Reformen und der pragmatischen Konservativen, die innen- und außenpolitisch auf Deeskalation setzen, trotz der zurückliegenden Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen nicht ausgeschöpft sind. Der Ausgang der aktuellen Wahlen des Expertenrates und der Kommunalwahlen zugunsten der pragmatischen Kräfte im Dezember 2006 unterstreicht insgesamt die vorangegangene Annahme. Auch bei den Kommunalwahlen mussten die Ultrakonservativen hohe Verluste hinnehmen. In die Gemeinde- und Stadträte haben die Reformen immerhin den Einzug geschafft. Noch besteht also die Chance, die Konflikte mit Teheran friedlich zu lösen. Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass Washington Iran als wichtigen Gesprächspartner im Mittleren Osten anerkennt. Durch die Integration Irans in die internationale Staatengemeinschaft könnte es gelingen, dass radikale Kräfte im Land geschwächt werden und sich somit eine moderate Außenpolitik entfalten kann.

# Inhalt

<b>1.</b>	<b>Einleitung</b>	1
<b>2.</b>	<b>Das widersprüchliche institutionelle Gefüge der Islamischen Republik Iran</b>	2
2.1	Nichtrepublikanische Machtzentren	4
2.2	Republikanische Machtzentren	6
2.3	Die politischen Akteure in Iran	6
<b>3.</b>	<b>Khatamis Regierungszeit (1997-2005)</b>	9
3.1	Der Reformdiskurs und Khatamis Legitimität	9
3.2	Errungenschaften und Rückschläge unter Khatami	10
3.3	Eine kritische Betrachtung des „dritten Weges“ und des Reformdiskurses	11
<b>4.</b>	<b>Aufstieg der Ultrakonservativen und der Wahlsieg Ahmadinejads</b>	12
4.1	Entwicklungen im Vorfeld der neunten Präsidentschaftswahlen	13
4.2	Ahmadinejad im Wahlkampf	15
4.3	Der Wahlausgang und seine politischen Konsequenzen	16
4.4	Analyse der Wahlergebnisse	18
4.5	Der sechste Staatspräsident der Islamischen Republik Iran und die Besetzung der neuen Exekutive	19
<b>5.</b>	<b>Innenpolitische Entwicklungen und Debatten nach den Präsidentschaftswahlen</b>	21
5.1	Die Debatte über eine Stärkung der Zivilgesellschaft und die Reaktionen der Ultrakonservativen	21
5.2	Islamische Republik oder islamischer Staat?	22
<b>6.</b>	<b>Außenpolitischer Druck und innenpolitische Dynamiken</b>	24
6.1	Die Bedeutung der US-amerikanischen Iranpolitik für den Aufstieg der Ultrakonservativen	24
6.2	Die Bedeutung der innenpolitischen Dynamiken für die Außenpolitik	28
6.2.1	Khatamis Profil in der Außenpolitik	28
6.2.2	Ahmadinejads Profil in der Außenpolitik	30
6.2.3	Stärkung des Checks and Balance-Systems durch den Revolutionsführer	33
<b>7.</b>	<b>Schlussfolgerungen und Empfehlungen</b>	35
7.1	Schlussfolgerungen	35
7.2	Empfehlungen	37



## 1. Einleitung<sup>1</sup>

Der vorliegende Report möchte die Aufmerksamkeit seiner Leser auf die innenpolitischen Aspekte des außenpolitischen Handelns in Iran lenken. Er thematisiert die bislang vernachlässigte Diskussion der Grenzen politischer Reform- und Handlungsspielräume in Iran und möchte damit einen Beitrag zum Verständnis der dortigen Entscheidungsprozesse leisten. Darüber hinaus möchte er, mit Blick auf die Strategien der jeweiligen Akteure, die Konsequenzen der Machtverlagerungen für die iranische Außenpolitik aufzeigen. Es soll dargelegt werden, inwiefern die innerstaatlichen Konflikte im heutigen Iran die Austragung von Konflikten nach Außen beeinflussen. Dabei wird die Verwobenheit von Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik berücksichtigt. Die außenpolitischen Rahmenbedingungen, also die aktuelle Iranpolitik der Bush-Administration, und wie sie im Nuklearstreit zum Tragen kommt, werden im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf die iranische Innen- und Außenpolitik in die Analyse einbezogen. Es wird zum einen aufgezeigt, welche Bedeutung die US-amerikanische Iranpolitik für den Aufstieg der Ultrakonservativen hatte und zum anderen, welche Relevanz die innenpolitischen Dynamiken für die jetzige Außenpolitik Irans haben.

Die innenpolitische Situation Irans macht eine differenzierte Analyse der neunten Präsidentschaftswahlen und ihrer Folgen notwendig. Die Analyse von Wahlausgängen und deren Auswirkungen gestaltet sich für hybride Systeme, wie das Irans, komplex und vielschichtig. Für ein tiefergehendes Verständnis des Wahlausgangs der Präsidentschaftswahlen von 2005 ist es dabei sinnvoll, das Spannungsdreieck aus „Widersprüchlichkeiten des politischen Systems“, „Ohnmacht der Reformen“ und „Aufstieg der Ultrakonservativen“ in die Analyse einzubeziehen, in dem sich politische Macht in der Exekutive zugunsten des ultrakonservativen Lagers verschoben hat. Dieser Report geht der zentralen Frage nach, wie sich das Ende des von staatlicher Ebene getragenen Reformprozesses und der Aufstieg der Ultrakonservativen, unter Berücksichtigung innen- und außenpolitischer Faktoren, erklären lässt.

Um die Grenzen politischer Reform- und Handlungsspielräume in Iran aufzuzeigen ist es notwendig, im zweiten Kapitel die zentralen Widersprüchlichkeiten im politischen System der Islamischen Republik darzulegen. Der Aufbruch der Ultrakonservativen wird in der vorliegenden Studie im Lichte des Reformprozesses betrachtet. Die Grenzen politischer Handlungsspielräume im heutigen Iran werden zuerst anhand der Blockadepolitik der Vetoakteure<sup>2</sup> gegenüber Staatspräsident Khatami (1997-2005) hergeleitet und schließ-

1 Ich möchte mich insbesondere bei Lothar Brock, Susanne Fischer, Anna Geis, Bernd W. Kubbig, Berthold Meyer, Harald Müller, Tabea Seidler, Stephanie Sohnies und Jonas Wolff für ihre Unterstützung und die hilfreichen Kommentare bedanken.

2 Der Begriff des Vetoakteurs oder Vetospielers bezieht sich in diesem Report auf die formellen Institutionen. Informelle Vetoakteure spielen in Iran zwar auch eine wichtige Rolle, auf diese wird hier jedoch nicht näher eingegangen. Zur Vetospieltheorie siehe Heidrun Abromeit/Michael Stoiber, *Demokratien im Vergleich. Einführung in die vergleichende Analyse politischer Systeme*, Wiesbaden (VS, Verlag für Sozialwiss.), 2006, S. 62-70.



lich durch die Analyse der heutigen Machtkonstellation unter Staatspräsident Ahmadinejad untersucht. Im dritten Kapitel beleuchtet der Report daher die politischen Entwicklungen in der Khatami-Ära (1997-2005) und diskutiert in erster Linie, woraus Khatamis Legitimität erwuchs. Anschließend wird dessen Staatsdenken kurz vorgestellt und eine kritische Bilanz seines „dritten Weges“ gezogen. Kapitel vier widmet sich den Entwicklungen im Vorfeld der neunten Präsidentschaftswahlen und analysiert den Wahlausgang. Die politischen Folgen des Wahlausgangs und die Debatten nach den Präsidentschaftswahlen werden im Kapitel fünf aufgegriffen.

Nachdem die innenpolitischen Aspekte Irans näher erörtert wurden, lässt sich herausarbeiten, inwiefern die Iranpolitik der USA, die auf eine Isolation Irans bedacht ist, den Aufstieg der Ultrakonservativen begünstigt und die Reformer geschwächt hat. Vor diesem Hintergrund geht der Report schließlich auf die Bedeutung der innenpolitischen Dynamiken für die Außenpolitik ein. Um den Wandel in Irans Außenpolitik erfassen zu können, wird jeweils ein außenpolitisches Profil des amtierenden Staatspräsidenten und seines Vorgängers erstellt. Die verbalen Entgleisungen des neuen Staatspräsidenten nach Außen werden vor dem Hintergrund der internen Machtstrukturen gedeutet. Die Darstellung der andauernden Blockadepolitik der nicht-republikanischen Machtzentren gegenüber Ahmadinejad soll darüber Aufschluss geben, wie die neuen Machtverhältnisse in Iran aussehen und welche Handlungsspielräume der neue Staatspräsident hat. Der Report skizziert die Strategien und Maßnahmen, die Ahmadinejad innerhalb dieses Geflechts der verschiedenen Machtzentren entwickelt und ergreift, um seine Machtposition zu verbessern. Das Zusammenwirken innen- und außenpolitischer Faktoren wird im Schlusskapitel aufgegriffen und entsprechende Empfehlungen werden formuliert.

## **2. Das widersprüchliche institutionelle Gefüge der Islamischen Republik Iran<sup>3</sup>**

Der Aufstieg der Ultrakonservativen und das Scheitern der Reformer lassen sich maßgeblich aus den Widersprüchlichkeiten im politischen System der Islamischen Republik Iran erklären. Politische Entscheidungsprozesse gestalten sich in Iran meist wesentlich komplexer, als dies von außen wahrgenommen wird. Politische Entscheidungen werden in Iran nicht nur von einem Machtzentrum getroffen, sondern von konkurrierenden staatlichen und nicht-staatlichen Machtzentren. Unterschiedliche Interessengruppen, Personen und Institutionen haben einen starken Einfluss auf die Politik. Daher lässt sich das politische System Irans kaum in die gängigen Herrschaftsformen einordnen. Allein die offizielle Bezeichnung „Islamische Republik“ weist auf die besondere Identität und den speziellen Aufbau des Staates hin und zeigt, dass es sich um einen eigenständigen System-

3 Regionalwissenschaftler wie Wilfried Buchta haben das politische System Irans in ihren Studien ausführlich beschrieben. Der vorliegende Report möchte diese Forschungsergebnisse einem breiteren Publikum zugänglich machen.

typus handelt. Kennzeichnend für die institutionelle Struktur der „Islamischen Republik“ ist ihr hybrider Charakter. Die Hybridität des Regimetyps zeigt sich am Vorhandensein islamisch-theokratischer und republikanischer Elemente.<sup>4</sup> Das Konzept der „hybriden Systeme“ wurde in der Transformationsforschung entwickelt und beschreibt in der Regel ein politisches System, das die Merkmale verschiedener Regimetypen aufweist. Im Falle Irans befindet sich das System in einer Grauzone zwischen Autokratie und Demokratie, es weist sowohl demokratische als auch nicht-demokratische (autoritäre) Züge auf. Hybride Systeme gelten als neuer Regimetyp, der längerfristig Bestand hat und nicht zwangsläufig in eine Autokratie oder Demokratie mündet.<sup>5</sup>

Die politischen Auseinandersetzungen im postrevolutionären Iran lassen sich am besten vor dem Hintergrund der Widersprüche, die in der Verfassung verankert sind, verstehen.<sup>6</sup> Die Verfassung (*qanun-e assasi*) der Islamischen Republik Iran beruht auf dem von Ayatollah Seyyed Ruhollah Khomeini formulierten Herrschaftskonzept der *velayat-e faqih*. Er revolutionierte mit seiner Neuinterpretation schiitischer Konzepte die Schia.<sup>7</sup> Er interpretierte das Mahdi-Konzept neu, indem er die vorherrschende Idee der Arbeitsteilung von weltlicher und religiöser Herrschaft in der Zeit des verborgenen 12. Imams in Frage stellte.<sup>8</sup> Von der bis dahin dominierenden quietistischen Auslegung distanzierte er sich somit.<sup>9</sup> Sein Herrschaftskonzept der *velayat-e faqih* beruhte auf der Vorstellung, dass der oberste religiöse Rechtsgelehrte (*valiy-e faqih*) nicht nur die religiöse, sondern auch die politische Stellvertreterschaft des 12. Imams ausfüllen solle.<sup>10</sup>

4 Larry Diamond zählt Iran zu den hybriden Systemen. Auch der Iranexperte Johannes Reissner (Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP) spricht im Falle Irans von einem hybriden System.

5 Zu hybriden Regime siehe Friedbert Rüb, Hybride Regime – Politikwissenschaftliches Chamäleon oder neuer Regimetypus? Demokratietheoretische Überlegungen zum neuen Pessimismus in der Transitologie, in: Petra Bendel/Aurel Croissant/Friedbert W. Rüb (Hg.), Zwischen Demokratie und Diktatur: Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen, Opladen (Leske+Budrich), 2002, S. 99-118.

6 Siehe hierzu Asghar Schirazi, Die Widersprüche in der Verfassung der Islamischen Republik vor dem Hintergrund der politischen Auseinandersetzungen im nachrevolutionären Iran, Berlin (Verl. Das Arab. Buch), 1992.

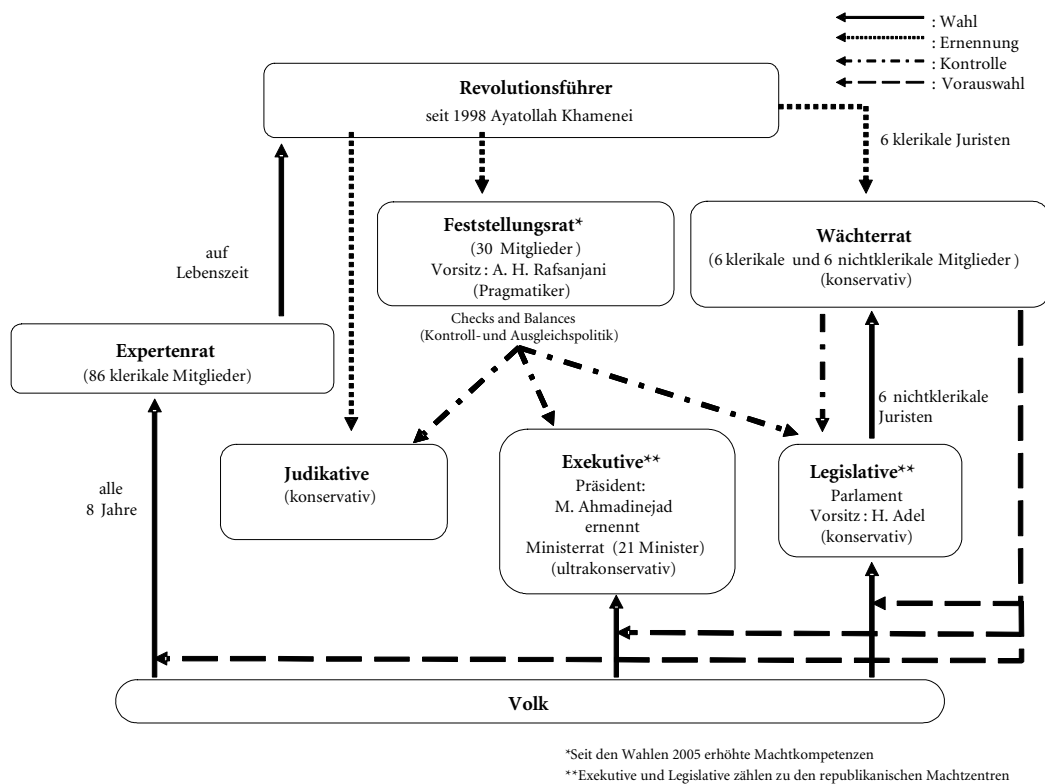
7 Schia: Wörtlich: Partei. Partei Alis. Ali, Muhammads Vetter und Schwiegersohn, wird von den Schiiten als der einzige rechtmäßige Nachfolger des Propheten angesehen.

8 Die Zwölfer-Schiiten glauben an die Rückkehr des 12. Imams (Mahdi), dem die Herrschaft vorbehalten ist. Zu den doktrinären Grundlagen der Zwölferschia siehe Abdulaziz Abdulhussein Sachedina, Islamic messianism. The idea of Mahdi in Twelver Shi'ism, Albany (State University of New York Press), 1981.

9 Dazu z.B. Nikki Keddie, Religion and Politics in Iran. Shi'ism from Quietism to Revolution, New Haven/London (Yale University Press), 1983.

10 Vgl. Said A. Arjomand, Authority and Political Culture in Shi'ism, Albany (State University of New York Press), 1988, S. 178-209.

Abbildung 1: Das widersprüchliche Gefüge der Islamischen Republik Iran



©Semiramis Akbari, Frankfurt am Main, 2006

Das von Khomeini interpretierte Herrschaftskonzept war auf seine Person zugeschnitten. Da es schwierig war, einen Nachfolger zu finden, der die gleichen theologischen Qualitäten besaß, wurde die Verfassung 1989 geändert. Der theologische Rang eines *marja'e taqlid*<sup>11</sup> stellt seitdem keine notwendige Bedingung mehr für den Expertenrat dar, jemanden in das Amt des Revolutionsführers zu bestimmen.<sup>12</sup>

## 2.1 Nichtrepublikanische Machtzentren

Zu den nichtrepublikanisch-theokratischen Machtzentren werden der Wächterrat und das Amt des Revolutionsführers gezählt. Neben seiner Funktion als politischer Führer

11 Marja-e Taqlid: Wörtlich: Instanz bzw. Quelle der Nachahmung, höchstrangige Theologen im Schiä-Klerus. Diese dürfen aufgrund ihres Wissens die islamischen Quellen interpretieren. Sie werden von der religiösen Gemeinschaft als Vorbild angesehen.

12 Vgl. Wilfried Buchta, Die Islamische Republik Iran und die religiös-politische Kontroverse um die Marja'iyat, in: Orient, Jg. 36, Nr. 3, 1995, S. 449-474. Zur Verfassungsänderung vgl. Silvia Tellenbach, Zur Änderung der Verfassung der Islamischen Republik Iran vom 28. Juli 1989, in: Orient, Jg. 31, Nr. 1, 1990, S. 45-66.

(*rahba-re enqelab*) fungiert Letzterer gleichzeitig als oberster Rechtsgelehrter (*vali-ye faqih*) auf staatlicher Ebene (siehe Abbildung 1). Seine Legitimation bezieht der Revolutionsführer von Gott. Demzufolge wird er nicht vom Volk gewählt, sondern von einem Expertenrat (*majles-e khobregan*) auf unbegrenzte Zeit bestimmt. Verfassungsrechtlich gesehen ist der Expertenrat zwar auch befugt, den Revolutionsführer abzusetzen. Allerdings ist dies sehr unwahrscheinlich, da die Mitglieder des Expertenrats vom Wächterrat ausgewählt werden. Im Falle des Ablebens des Revolutionsführers muss der Expertenrat einen neuen Führer bestimmen. Der Expertenrat setzt sich aus 86 gewählten Geistlichen zusammen und wird alle acht Jahre in direkter Wahl vom Volk gewählt, wobei er jedoch keinerlei Einfluss auf die Arbeit des Expertenrates ausüben kann. Die Kandidaten müssen anerkannte Theologen sein. Nichttheologen werden vom Wächterrat als Kandidaten nicht akzeptiert. Die Machtkompetenzen des Revolutionsführers übertreffen bei Weitem die des gewählten Staatspräsidenten. Der Revolutionsführer legt die innen- und außenpolitischen Richtlinien des Landes fest. Er kontrolliert alle systemsichernden Staatsorgane wie Sicherheits- und Ordnungskräfte, Armee, Revolutionswächter, Justizapparat und die revolutionären Stiftungen (*bonyads*). Er ist autorisiert, die politischen Vorgänge zu überwachen, und besitzt das Recht, Volksentscheide anzuordnen. Der Revolutionsführer ist sogar ermächtigt, den Krieg zu erklären. Außerdem ist er befugt, den gewählten Staatspräsidenten abzusetzen.<sup>13</sup>

Zu den islamisch-theokratischen Machtzentren zählt weiterhin, wie bereits erwähnt, der Wächterrat. Dabei handelt es sich um ein Gremium, das sich aus sechs klerikalen und sechs nicht-klerikalen Juristen zusammensetzt. Die erste Gruppe wird vom Revolutionsführer und die zweite vom Parlament ernannt. Der zwölköpfige Wächterrat muss feststellen, ob die seitens des Parlaments gebilligten Gesetze mit dem islamischen Recht vereinbar sind. Das Gremium besitzt somit Vetorechte gegenüber den vom Parlament erlassenen Gesetzen und hat ein Überwachungs- und Ausschlussrecht bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen. Wenn sich das Parlament und der Wächterrat bei Gesetzesvorhaben nicht einig sind, wird der „Rat für die Bestimmung des Staatsinteresses“, der so genannte Feststellungsrat, eingeschaltet. Er ist 1988 von Ayatollah Ruhollah Khomeini gegründet worden und hat im Laufe der Zeit eine Art Vermittlerfunktion zwischen Parlament und Wächterrat übernommen. Der Rat hat vor allem die Aufgabe, den Revolutionsführer zu beraten. Seine 30 Mitglieder werden alle fünf Jahre vom Revolutionsführer ernannt.<sup>14</sup> Seit den Präsidentschaftswahlen 2005 hat der Rat erweiterte Machtkompetenzen.

13 Vgl. näher dazu Behzad Khomeini, Die schiitischen doktrinären Grundlagen des politischen Systems der Islamischen Republik Iran, Münster/Hamburg/London (LIT Verlag), 2006, S. 75-135.

14 Zu einer ausführlichen Darstellung der republikanischen Machtkompetenzen vgl. Wilfried Buchta, Ein Haus mit vielen Herren. Divergierende Machtzentren in der Islamischen Republik Iran, in Orient, Jg. 39, Nr. 1, 1998, S. 41-84.

## 2.2 Republikanische Machtzentren

Zu den republikanischen Machtzentren zählen das Parlament und der Präsident. Der Staatspräsident wird in einer direkten Wahl alle vier Jahre vom Volk gewählt und kann für eine weitere Amtszeit kandidieren. Allerdings findet eine Vorauswahl der Kandidaten durch den Wächterrat statt. Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Wählbarkeit eines Präsidentschaftskandidaten ist, dass er sich zur Islamischen Republik Iran und der *velayat-e faqih* bekennt sowie ein gläubiger Schiit ist. Falls im ersten Wahlgang keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erzielt, folgt eine Stichwahl zwischen den Kandidaten mit den meisten Stimmen. Der Staatspräsident muss vom Revolutionsführer bestätigt werden. Er kann durch eine Zweidrittelmehrheit des Parlaments und die Zustimmung des Revolutionsführers seines Amtes enthoben werden. Der Staatspräsident ist befugt, 21 Minister zu ernennen. Diese müssen vom Parlament bestätigt werden. Die Parlamentsabgeordneten werden alle vier Jahre vom Volk gewählt. Ähnlich wie bei den Präsidentschaftswahlen findet vor den Parlamentswahlen eine Vorauswahl der Kandidaten durch den Wächterrat statt. Die Befugnisse des Parlaments sind zwar beschränkt und entsprechen nicht den demokratischen Standards, dennoch handelt es sich beim iranischen Parlament nicht um eine Institution, in der längst Beschlossenes lediglich pro forma abgesegnet wird.<sup>15</sup>

## 2.3 Die politischen Akteure in Iran

Abgesehen von den komplizierten institutionellen Rahmenbedingungen ist es schwierig, die politischen Akteure in Iran systematisch zu erfassen. Dies liegt zum Teil darin begründet, dass keine Parteien mit moderner Organisationsstruktur zugelassen sind. Vielmehr agiert eine Vielzahl von personen- und familienzentrierten Fraktionen mit unterschiedlichen Eigeninteressen. Häufig kommt es dadurch zu Abspaltungen. Die Regimeelite in Iran ist fraktioniert und die Fraktionen ihrerseits stark fragmentiert.<sup>16</sup> Im Ganzen kann zwischen drei politischen Hauptströmungen unterschieden werden, den Reformern, den Konservativen und den Pragmatikern. In politikwissenschaftlichen Analysen werden Reformen (*eslah talaban*) und Konservative (*mohafeze karan*) häufig als homogene Gruppierungen, die sich als Blöcke gegenüberstehen, dargestellt. Darüber hinaus wird die staatliche Reformfraktion (*eslah-talaban-e hokumati*) oft mit der „zivilgesellschaftlichen Reformbewegung“<sup>17</sup> gleichgesetzt. Doch weder die Reformen noch die Konservativen stellen einen einheitlichen Block dar.

15 Vgl. ebenda, S. 61 und Khomehi, a.a.O. (Anm. 13).

16 Vgl. Wilfried Buchta, Ideologische Fraktionen in Irans Machtelite: Reformen vs. Konservative, in: Orient, Jg. 5, Nr. 1, 2004, S. 10-11.

17 Der Terminus Zivilgesellschaft wird in den sozialwissenschaftlichen Studien für die iranische Gesellschaft häufig mit der Begründung abgelehnt, sie sei in ihrem Ursprung ein westliches Konzept. Gestützt auf Asghar Schirazi wird hier jedoch die These vertreten, dass es verfehlt wäre, auf jegliche Anwendung des westlichen Konzepts für die islamischen Gesellschaften zu verzichten. Die hier verwendete Definition

Eine strikte Einteilung der Reformbewegung in staatliche, halbstaatliche und autonome Bewegungen ist schwer vorzunehmen. In diesem Report werden diejenigen Reformer zu den nichtstaatlichen Reformfraktionen gezählt, die in der Khatami-Ära keine Ämter innehatten und auch nicht im Parlament vertreten waren. Zu den halbstaatlichen Reformern gehören die Netzwerke und Organisationen, die die staatlichen Reformer unterstützten, wie das studentische „Büro zur Festigung der Einheit“ (*daftar-e tahkim-e wahdat*). Zu den nichtstaatlichen Reformern werden soziale Bewegungen wie die Frauenbewegung oder die Arbeiterbewegung gezählt. Auch die religiösen Intellektuellen lassen sich weitgehend den nichtstaatlichen Reformern zuordnen.<sup>18</sup> Die staatlichen Reformer setzen sich aus verschiedenen Fraktionen zusammen. Zu den zentralen Fraktionen zählen die „Partizipationsfront des islamischen Iran“ (*jebhe-ye mosharekat-e iran-e eslami*, JMIE), die „Organisation der Glaubenskämpfer der Islamischen Revolution“ (*sazeman-e mojahedin-e enqelab-e eslami*, SMEE) und die „Gesellschaft der kämpfenden Geistlichkeit“ (*majma'e ruhaniyun-e mobarez*, MRM).<sup>19</sup>

Innerhalb des konservativen Lagers muss zwischen den pragmatischen Konservativen und den Ultrakonservativen unterschieden werden. Zu letzteren zählen die zwölf Mitglieder des Wächterrates, die Mitglieder des Expertenrates, die Freitagsprediger der verschiedenen Städte, die Mitglieder des Obersten Gerichts, die bisherigen Mitglieder der revolutionären Stiftungen und der Sicherheitsorgane. Weiterhin gelten die Vereinigung der Gefolgsleute des Imam (*majma-e niruha-ye khat-e imam*) und die Partei Gottes (*Ansar-e Hisbollah*) zu den Hardlinern. Zum klerikalen Kern der Ultrakonservativen gehören der Vorsitzende des Wächterrates, Ayatollah Ahmad Jannati, der bisherige Vorsitzende des Expertenrates, Ayatollah Ali Meschkini, und der Leiter des Imam Khomeini-Instituts in Qom, Ayatollah Mohammad Taqi Mesbah Yazdi.

Neben klerikalen Akteuren bestehen die Ultrakonservativen aus Vertretern der administrativen Elite.<sup>20</sup> Ihr Durchschnittsalter beträgt 45 bis 55 Jahre. In ihren Reihen sind vor allem Ingenieure, Hochschullehrer, Mediziner, Wirtschaftswissenschaftler und Physiker vertreten. Diese neuen Aufsteiger sind Absolventen ultrakonservativer Kadernschmieden.

stützt sich auf Schirazis These, dass das Fehlen von institutionellen Elementen wie Gewerkschaften in Iran nicht zugleich bedeutet, dass in Iran keine zivilgesellschaftlichen Potenziale existieren. Die zivilgesellschaftlichen Erscheinungsformen untersucht Schirazi anhand der gegenkulturellen Aktivitäten. Schirazi stellt die von der staatlichen Seite betriebene islamisch-ideologische Kulturpolitik einer zivilgesellschaftlich-differenzierten Gegenkultur gegenüber. Für Schirazi ist die Gegenkultur ein Ausdruck für die Zivilgesellschaft. Er stellt fest, dass es neben der religiösen Gegenkultur die universitäre Gegenkultur und eine Gegenkultur in den oppositionellen Zeitschriften gibt. Vgl. Asghar Schirazi, *Gegenkultur als Ausdruck der Zivilgesellschaft in der Islamischen Republik Iran*, in: Ferhad Ibrahim/Heidi Wedel (Hg.), *Probleme der Zivilgesellschaft im Vorderen Orient*, Opladen (Leske+Budrich), 1995, S. 135-165.

18 Siehe dazu Farhad Khosrokhavar, *Postrevolutionary Iran and the new social Movements*, in: Eric James Hoogland (Hg.), *Twenty Years of Islamic Revolution. Political and Social Transition in Iran since 1979*, New York (Syracuse University Press), 2002, S. 3-18.

19 Siehe dazu auch Wilfried Buchta, *Who Rules Iran? The Structure of Power in the Islamic Republic*, Washington (The Washington Institute for Near East Policy), 2000, S. 14.

20 Vgl. Johannes Reissner, *Iran vor dem Ende klerikaler Macht*, in: Volker Perthes (Hg.), *Elitenwandel in der arabischen Welt und Iran (SWP-Studie, Nr. 41)*, Berlin, Dezember 2002, S. 189-209, hier S. 203.

Inzwischen besetzen sie Schlüsselpositionen in den Medien, der Politik und Wirtschaft. Einige unter ihnen sind dem schiitischen Klerus und den geistigen Vordenkern der Islamischen Revolution durch verwandtschaftliche Beziehungen verbunden. Ihre wirtschaftliche Basis beruht zum einen auf der Rentenökonomie<sup>21</sup>, zum anderen auf Einnahmen aus religiösen Stiftungen.<sup>22</sup> Die iranische Wirtschaft wird zunehmend von solchen religiösen Stiftungen kontrolliert. Sie fungieren als eine Art Staat im Staat.

Das Weltbild der Ultrakonservativen beruht zum größten Teil auf den Erfahrungen, die sie im achtjährigen Krieg (1980-1988) gegen das Nachbarland Irak, aber auch in der anschließenden Aufbauphase (*baz-sazi*) während der Rafsanjani-Ära gemacht haben. Die idealtypischen Wert- und Normenvorstellungen aus der Zeit der Islamischen Revolution von 1978/79 stellen einen der Grundpfeiler des ultrakonservativen Denkens und politischen Handelns dar. Ihr Denken zeichnet sich vor allem durch die messianisch orientierte politische Schia aus. Grundlage der revolutionären Außenpolitik war der Revolutionsexport in die islamischen Länder. Gemeinsam ist den neuen Repräsentanten der Ultrakonservativen, dass sie sich der theokratischen Hierarchie verbunden fühlen und sich der religiösen Staatsdoktrin, „der absoluten Herrschaft des religiösen Rechtsgelehrten“ (*velayat-e faqih-e motlaq*), unterordnen. Hiervon abgesehen vertreten sie jedoch egalitäre Ansichten und haben den Anspruch, den wirtschaftlichen (*eqtesadi*), wissenschaftlichen (*elmi*) und technologischen (*fani*) Fortschritt (*pishraft*) voranzutreiben. Sie vertreten eine streng anti-hedonistische Lebensauffassung und wünschen sich eine Gesellschaft, in der die islamische Gemeinschaft religiöse Werte wie Sitte, Anstand und Moral im puritanischen Sinne praktiziert und damit die islamischen Vorschriften achtet. Die Ultrakonservativen räumen dem Aufbau einer auf religiösen Werten basierenden Kultur einen hohen Stellenwert ein. Die pragmatisch orientierten Konservativen unterscheiden sich von den Ultrakonservativen, wie auch Gheissari und Nasr in ihrer Studie betonen, darin, dass sie keine radikale Re-Islamisierung der iranischen Gesellschaft anstreben und sowohl innen-, als auch außenpolitisch auf Deeskalation setzen:

„The pragmatists did not reject reform but rather redefined it. They did not advocate return to theocracy, revolutionary values, or militant foreign policy; in fact, their campaigns were largely secular in tone and notably silent on Islamic issues. Rather, they focused on pragmatic domestic and foreign policies that, although lacking democratic intent, nevertheless promised change. The new breed of conservatives fashioned themselves as reformist fundamentalists, committed to the Islamic Republic and yet willing to embrace aspects of Khatami's reformist Agenda.“<sup>23</sup>

Zu den Pragmatikern zählen die Anhänger Rafsanjanis. Die Bezeichnung Pragmatiker deutet darauf hin, dass diese weder revolutionär-ideologisch gefärbt sind noch einen schiitischen Revolutionsexport in die arabischen Nachbarstaaten anstreben. Da sie insbesondere die wirtschaftlichen Interessen Irans im Blick haben, wollen sie die innen- und au-

21 Vgl. ebenda, S. 196.

22 Die religiösen Stiftungen sind nicht nur religiöse Einrichtungen, sondern die größten Unternehmer Irans. Dazu siehe Country Report Iran 2005, in: [www.freedomhouse.org](http://www.freedomhouse.org) (Zugriff: 22. Januar 2007).

23 Ali Gheissari/Vali Nasr, *Democracy in Iran. History and the Quest for Liberty*, Oxford (Oxford University Press), 2006, S. 153.

ßenpolitische Stabilität sichern. Sie sind bestrebt, die wirtschaftliche Öffnung des Landes und seine Integration in den Weltmarkt voranzutreiben. Dabei dient sowohl den Konservativen als auch den Pragmatikern die Volksrepublik China gleichermaßen als Vorbild: „[...] the conservatives preferred the East Asia model, with its combination of authoritarianism, economic progress, and emphasis on indigenous Asian values.“<sup>24</sup> Für die Reformen hingegen ist die politische und kulturelle Öffnung des Landes von Bedeutung.

### 3. Khatamis Regierungszeit (1997-2005)

#### 3.1 Der Reformdiskurs und Khatamis Legitimität

Bei den achten Präsidentschaftswahlen am 23. Mai 1997 (zweiter Khordad) wählte die Bevölkerung mit überwältigender Mehrheit den als Außenseiter geltenden Kleriker Khatami. Im Jahre 2001 erfolgte Khatamis Wiederwahl für eine zweite Amtszeit. Beide Male erhielt Khatami über 70 Prozent der abgegebenen Stimmen, da die Mehrheit der Bevölkerung grundlegende politische Veränderungen wollte.<sup>25</sup> Khatamis Wähler, überwiegend Frauen, Studentenverbände, Journalisten, Menschenrechtsgruppen sowie Intellektuelle, brachten mit ihrem Votum ihr Bedürfnis nach politischer Partizipation, Repräsentation und Gleichberechtigung zum Ausdruck.

Im Unterschied dazu propagierte Khatami das Herrschafts- und Staatsmodell einer „religiösen Demokratie“ (*demokratik-e dini*). Als Grundlage und Orientierung hierfür dienten ihm die theoretischen Auseinandersetzungen der islamischen Intellektuellen mit der Herrschaftstheorie der *velayat-e faqih*. Khatamis Konzept wird auch als „dritter Weg“ bezeichnet, weil er den modernen Staat mit den Norm- und Wertvorstellungen einer schiitischen Gesellschaftsordnung verbinden wollte. Ihm ging es darum, die *velayat-e faqih* neu zu deuten. Sein Reformkonzept bewegte sich im Rahmen der Verfassung der Islamischen Republik von 1980. Mit seiner Reformpolitik verfolgte er in der politischen Praxis das Ziel, die republikanisch-demokratischen und die nichtrepublikanisch-theokratischen Verfassungselemente miteinander in Einklang zu bringen. Geprägt vom Konzept der „religiösen Demokratie“, leitete Khatami einen gewaltfreien Liberalisierungsprozess auf politischer und gesellschaftlicher Ebene ein. Als Träger der religiösen Demokratie fungierten neben den staatlichen Reformern insbesondere religiöse Intellektuelle (*roshan fekran-e dini*) und Studentenverbände. Der öffentliche Diskurs wurde überwiegend von religiösen Intellektuellen dominiert, die mit alternativen Auslegungen des Islams aufzeigen wollten, wie die Politik gegenüber der Religion autark handeln könne, ohne in einen Widerspruch zu den religiösen Glaubensbekenntnissen zu geraten.

24 Ebenda, S. 143-144.

25 Näheres zu Khatamis Öffnungskurs vgl. Reza A. Sheikholeslami, The Transformation of Iran's Political Culture, in: Journal for Critical Studies of the Middle East, Nr. 17, 2000, S. 105-135.



Im Zeitraum zwischen 1997 und 2005 ließ sich beobachten, dass der von Staatspräsident Khatami angestoßene staatliche Reformprozess fortwährend von konservativ dominierten Machtzentren, darunter Wächterrat und Justizapparat, gestört wurde. Khatamis Regierungszeit war zugleich von Fortschritten und Rückschlägen gekennzeichnet,<sup>26</sup> die im Folgenden erläutert und anschließend bewertet werden sollen.

### 3.2 Errungenschaften und Rückschläge unter Khatami

Zunächst zu den Errungenschaften: Mit Khatamis Wahlsieg begann ein Transformationsprozess, der die jüngste politische Kultur Irans nachhaltig veränderte. War diese bis dahin vor allem von einer revolutionären Ideologie geprägt, wurde die politische Öffentlichkeit nun durch kontroverse Diskurse über eine Modernisierung der Theologie und über Demokratisierung bestimmt. Insgesamt schuf der religiös-politische Diskurs, an dem Khatami sich selbst beteiligte, neue Öffentlichkeitsphären, die noch immer eine außergewöhnliche Eigendynamik vorweisen und nach wie vor Demokratisierungspotenzial bieten.<sup>27</sup> Eine der wohl wichtigsten Errungenschaften Khatamis während seiner Amtszeit stellt sein Beitrag zur Legalisierung von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) dar. Auf innenpolitischer Ebene wirkte Khatami 1999 an der erstmaligen Durchführung von Kommunalwahlen mit.

Khatamis Regierungszeit war jedoch zugleich von unzähligen Rückschlägen gekennzeichnet. Die praktische Durchführung der angekündigten Reformen stellte sich als äußerst schwierig dar. Khatami legte im Oktober 2002 dem Wächterrat einen Gesetzesentwurf vor, der dem Präsidenten das Recht einräumen sollte, die Einhaltung der Verfassung zu überwachen. Dieses Recht war bis dahin dem nichtrepublikanischen Machtzentrum des Wächterrates vorbehalten.<sup>28</sup> Khatamis Vorhaben war jedoch schon allein deshalb zum Scheitern verurteilt, weil der Wächterrat mit seiner Zustimmung die eigenen Machtkompetenzen sowie die des Revolutionsführers eingeschränkt hätte. Khatamis Gesetzesentwurf wurde, wie zu erwarten, vom Wächterrat abgelehnt. An dem Scheitern der von Khatami initiierten Gesetzesinitiative lässt sich die Widersprüchlichkeit des „dritten Weges“ exemplarisch erkennen. Der Misserfolg der Reformen lässt sich überdies aus einem Bündel weiterer Faktoren erklären, allen voran die zunehmenden ökonomischen und sozialen Missstände, die zu beheben sie während ihrer gesamten Regierungszeit vernachlässigt haben. Der Lebensstandard sank im Rentierstaat Iran im Zeitraum zwischen 1999 und 2002, obwohl die iranische Volkswirtschaft ein Wachstum von ca. 4,8 Prozent verzeichnete. Dieses Wachstum resultierte vornehmlich aus gestiegenen Deviseneinnahmen der florierenden

26 Vgl. Farnush Amirhashi, *bon bast-e tasmim-giri*, in: *salnam-e ye shargh*, Teheran, 2004, S. 42f.

27 Siehe hierzu Farhad Khosrokhavar, *Die Öffentlichkeit im Iran*, in: Nilüfer Göle/Ludwig Ammann (Hg.), *Islam in Sicht. Der Auftritt von Muslimen im öffentlichen Raum*, Bielefeld (Transcript-Verlag), 2004, S. 186-206 sowie Shmuel N. Eisenstadt: *Die Öffentlichkeit in Muslimischen Gesellschaften*, in: ebenda., S. 311-326.

28 Zu den weitreichenden Aufgaben des Wächterrates vgl. Buchta, a.a.O. (Anm. 14).

iranischen Ölindustrie.<sup>29</sup> Nur die einflussreichen Oligarchen konnten von den gestiegenen Öleinnahmen profitieren.<sup>30</sup> Die Relevanz der ökonomischen Aspekte ist augenscheinlich, sobald man sich die sozioökonomischen Verhältnisse näher anschaut. 70 Prozent der Bevölkerung sind jünger als 30 Jahre. 60 Prozent der Iraner leben an der Armutsgrenze. Der iranische Arbeitsmarkt ist durch eine enorm hohe Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Offiziellen Angaben zufolge liegt die Arbeitslosenquote bei 11 Prozent.<sup>31</sup> Nichtoffizielle Schätzungen gehen jedoch von einer tatsächlichen Arbeitslosenquote von etwa 30 Prozent aus.

### 3.3 Eine kritische Betrachtung des „dritten Weges“ und des Reformdiskurses

Trotz seiner Errungenschaften gilt der „dritte Weg“ als gescheitert. Die beschriebenen Entwicklungen stellen Symptome des Scheiterns für die staatliche Reformfraktion dar. Ihre Ursachen sind im beträchtlichen Ausmaß in den immanenten Hindernissen und Widersprüchen des Reformprozesses zu suchen. Verfassungsrechtlich betrachtet, wurden Reformen durch den unüberbrückbaren Dualismus von republikanisch-demokratischen und theokratischen Elementen gehemmt,<sup>32</sup> weshalb eine Gewaltenteilung nur teilweise vorhanden war, denn die Machtkompetenzen des Präsidenten und des Parlaments wurden durch nichtdemokratische Vetoakteure eingeschränkt. Diese Beobachtung wird durch das Bertelsmann-Transformationsgutachten 2003<sup>33</sup> bestätigt, das eine Beschneidung des Entscheidungs- und Handlungsspielraums der reformorientierten Exekutive zwischen 1997 und 2003 durch die konservative Legislative und Judikative feststellt.<sup>34</sup> Dies gilt auch für die Zeit nach Khatami.

Der achtjährige Reformkurs hat zu einer Ausdifferenzierung des Reformspektrums geführt. Existierten 1997 noch zwei Hauptströmungen, staatliche und halbstaatliche Reformen, gab es am vorläufigen Ende des staatlichen Reformprozesses 2005 drei Gruppierungen. Von den beiden zuvor dominanten Strömungen fand eine Verlagerung zu einer unabhängigen, staatsfreien Strömung statt. Diese das staatliche Reformkonzept ablehnende und nach Demokratisierung strebende Strömung entwickelte sich zur bedeutendsten Kraft innerhalb des Reformspektrums. Dies lässt sich deutlich anhand der Neuausrichtung der Studentenbewegung beobachten. Das sich abzeichnende Scheitern des „dritten Weges“ führte dazu, dass sich die Rolle der Studentenverbände von „Partnern der Macht“ (*sharik-e qodrat*) zu „Kritikern der Macht“ (*neqad-e qodrat*) veränderte. Trotz des Scheiterns des „dritten Weges“ und der Kritik an seinem Konzept ist Khatami offiziell ein

29 Zu Rentierstaat siehe Jürgen Schuldt/Aberto Acosta, Ölrenten und Unterentwicklung: ein unauflösbarer Zusammenhang?, in: Internationale Politik und Gesellschaft, Nr. 4, Bonn, September 2006, S. 63-80.

30 Siehe [www.bertelsmann-transformation-index.de](http://www.bertelsmann-transformation-index.de) (Zugriff: 22. Januar 2007); Christiane Hoffmann, Alle Iraner wollen vom Öl profitieren, in: [www.faz.net](http://www.faz.net) (Zugriff: 22. Januar 2007).

31 Vgl. Länderprofil Islamische Republik Iran, Deutsch-iranische Industrie- und Handelskammer, in: [www.dihk-ir.com](http://www.dihk-ir.com) (Zugriff: 22. Januar 2007).

32 Siehe hierzu Asghar Schirazi, a.a.O. (Anm. 6).

33 Siehe a.a.O., (Anm. 30).

34 Vgl. Buchta, a.a.O. (Anm. 16).

bekennender Befürworter des *velayat-e faqih* und ein Verfechter der „religiösen Demokratie“ geblieben. Es lässt sich festhalten, dass die langjährigen Erfahrungen mit der staatlichen Reformpolitik unter Khatami eine wichtige Rolle für den Bruch der zivilgesellschaftlichen Akteure mit den staatlichen Reformern spielten.

Der politisch-religiöse Diskurs über die Vereinbarkeit von Islam und Demokratie hat zwar Freiräume für eine zeitgemäße Auslegung der Religion geschaffen, führte aber offensichtlich nicht dazu, dass sich diese modernen Interpretationen in Gestalt einer demokratischen Staatsorganisation durchsetzen konnten. Vielmehr bewirkte der staatliche Reformdiskurs in der politischen Praxis das Gegenteil, nämlich eine konservative Re-Islamisierung.<sup>35</sup> Khatamis Ohnmacht hatte zur Folge, dass die autoritären Enklaven wie die paramilitärischen Gewaltakteure und die nichtstaatlichen radikal-religiösen Gruppen weiter gestärkt wurden.<sup>36</sup>

Die politischen Auswirkungen der gescheiterten Reformen lassen sich an mehreren Wahlausgängen ablesen. Zuerst verlor die Reformfraktion die Kommunalwahlen vom Februar 2003. Die Gründe hierfür waren wohl die mangelnde Fähigkeit, die eigene Wählerschaft zu mobilisieren, und die landesweit geringe Wahlbeteiligung, die selbst in der Hauptstadt Teheran bei nur 15 Prozent lag. Der nächste Rückschlag für die staatlichen Reformer erfolgte bei den siebten Parlamentswahlen am 20. Februar 2004.<sup>37</sup> Im Vorfeld hatte der Wächterrat zahlreiche Kandidaten der Reformfraktion, darunter ehemalige Parlamentsabgeordnete, nicht zu den Wahlen zugelassen.<sup>38</sup> Die Versuche Khatamis, Rechtsstaatlichkeit zu etablieren, mündeten in eine autoritäre Regression. Dies unterstreicht die Erfahrungen der Transformationsforschung, die von der Annahme ausgeht, dass Liberalisierung, aber auch Demokratisierung zweischneidige Prozesse sind. Sie können zur Re-Autokratisierung führen.

#### **4. Aufstieg der Ultrakonservativen und der Wahlsieg Ahmadinejads**

Der Aufstieg der Ultrakonservativen, Ahmadinejads Machtübernahme und die Besetzung des Kabinetts mit ehemaligen Revolutionsgardisten lassen sich als eine radikale Re-Islamisierung und stille Militarisierung der iranischen Exekutive zusammenfassen. Der Sieg Ahmadinejads ist ein Meilenstein auf dem Erfolgskurs der Ultrakonservativen: Sie stellen zum ersten Mal seit 1989 die Exekutive, die bis dahin von Pragmatikern und Reformern

35 Vgl. Oliver Roy, *Globalized Islam. The Search for a New Ummah*, London (Columbia University Press), 2004, S. 91.

36 Siehe auch Daniel Bayman/Shahram Chubin u.a., *Iran's Security Policy in the Post-Revolutionary Era*, Santa Monica, 2001, S. 45.

37 Dazu Johannes Reissner, *Irans neues Parlament. Was ist zu erwarten?* (SWP-Studie), Berlin, Mai 2004.

38 Vgl. Wilfried Buchta, *Deutsches Orient-Institut* (Hg.), *Iran: Innen- und außenpolitische Optionen nach den Parlamentswahlen Februar 2004*, 27. Mai 2004, Hamburg.

besetzt war. Angesichts des Wahlsiegs hat der ultrakonservative Flügel der iranischen Machtelite enorm an Einfluss gewonnen.

#### 4.1 Entwicklungen im Vorfeld der neunten Präsidentschaftswahlen

In der Zeit vor den Präsidentschaftswahlen offenbarten sich die tiefer reichenden politisch-ideologischen Spannungen innerhalb der herrschenden Elite. Aus dem Lager der Reformer wurden vom Wächterrat drei und aus dem Lager der Konservativen fünf Kandidaten zu den Wahlen zugelassen. Die konservative Fraktion konnte sich nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen. Zwei Kandidaten aus der zerstrittenen Fraktion der Konservativen, Rezai und Velayati, zogen ihre Kandidatur vorzeitig zurück. Aus den Reihen der so genannten Pragmatiker (*amal-gara*) warb ein einziger Kandidat um Wählerstimmen.

Zur ersten Konfrontation kam es im Vorfeld der Wahlen zwischen den Konservativen und Ayatollah Ali Akbar Hashemi Rafsanjani. Dieser war von 1980 bis 1989 Parlamentspräsident und wurde 1989, nach dem Ende des Ersten Golfkrieges, erstmals zum Staatspräsidenten gewählt. Zwei Mal war der als pragmatisch geltende Kleriker bereits Irans Staatspräsident gewesen, als er 1997 von Khatami abgelöst wurde. Rafsanjani leitet seit 1997 den Feststellungsrat. Ihm wurden große Chancen eingeräumt, zum dritten Mal das Amt des Präsidenten zu erringen. Nach dem Revolutionsführer gilt er als der mit Abstand einflussreichste Politiker im Land. Rafsanjani kandidierte für die Gruppe der „Diener des Aufbaus“ (*kargozaran-e sazandegi*).<sup>39</sup> In einer ersten Erklärung nannte Rafsanjani den wachsenden innen- und außenpolitischen Druck auf die Regierung als Motiv für seine Kandidatur. Bei Wahlkampfauftritten betonte er, dass sich Iran an einem historischen Wendepunkt befinde, an dem über das politische Schicksal des Landes sowohl innen- als auch außenpolitisch entschieden werde. In den Präsidentschaftswahlen werde neben der Wahl eines neuen Präsidenten über nicht weniger als die Weichenstellung für die Zukunft Irans abgestimmt.<sup>40</sup> Schon im Vorfeld der Wahlen versprach Rafsanjani, unter seiner Präsidentschaft die Machtstellung des Staatspräsidenten zu stärken und die Machtbefugnisse der nichtrepublikanischen Machtzentren einzuschränken. In seinen programmatischen Erklärungen betonte Rafsanjani stets seine Absicht, die außenpolitischen Beziehungen mit dem Westen zu normalisieren. Rafsanjani beabsichtigte, die ökonomischen Rahmenbedingungen für Handel und Investitionen durch eine erweiterte Liberalisierung und Privatisierung der Wirtschaft sowie durch internationale Wirtschaftskooperationen zu verbessern. Er distanzierte sich deutlich von den ideologischen Grundsätzen der Islamischen Revolution und warb um die Stimmen der weitgehend „säkular-modernistisch“ denkenden Kreise. Die paramilitärische Gruppe der Basijis<sup>41</sup>, die Revolutionswächter (*sepah-e pasdaran*), die „islami-

39 Vgl. Abbas Milani, *Iran's Peculiar Election. A Historical Perspective*, in: *Journal of Democracy*, Jg. 16, Nr. 4, 2005, S. 23-35.

40 Vgl. Hashemi Rafsanjani *dar gofto-gu ba shargh*, in: *salnam-e ye shargh*, Teheran, 2004, S. 28-32.

41 Zur Rolle der Basijis siehe Nikola B. Schahgaldian, *The Iranian Military under the Islamic Republic*, Santa Monica (Verlag RAND), 1987, S. 87-101.

schen Vereinigungen“ (*heyyat-e mo'talefeh*) und Ahmadinejad, der selbst aus den Reihen der Basijis stammt, sahen sich von Rafsanjani geradezu herausgefordert.

Das zweite Konfliktfeld war vorprogrammiert: Von tausend Bewerbern wurden vom Wächterrat zunächst nur sieben Kandidaten als qualifiziert angesehen und zu den Wahlen zugelassen. Der Konflikt zwischen Reformern und Konservativen erreichte seinen Höhepunkt, als der Wächterrat sogar einstige Regierungsmitglieder aus dem staatlichen Reformlager, darunter Mostafa Moin und Mohsen Mehralizadeh, nicht zu den Wahlen zuließ. Indes forderte der Revolutionsführer, dessen Erlasse autoritativen Charakter haben, in einem Schreiben den Wächterrat auf, seine Entscheidung zu überprüfen. Dieser sah sich folglich gezwungen, seinen Beschluss zu revidieren.<sup>42</sup>

Moin war der Kandidat der politischen Gruppierungen JMIE und SMEE. Zu seinen namhaften Unterstützern zählte unter anderem Seyyed Mohammad-Reza Khatami, der Vorsitzende der JMIE und Bruder des früheren Staatspräsidenten. Dem zweiten Kandidaten aus der Fraktion der Reformer, Mohsen Mehralizadeh, wurden von Beobachtern lediglich Außenseiterchancen eingeräumt. Dritter Reformer-Kandidat war der Geistliche Hojjatoleslam Mehdi Karrubi. Er bekleidete von 1989 bis 1992 und von 2000 bis 2004 das Amt des Parlamentspräsidenten und war bis Juni 2005 Vorsitzender der MRM. Karrubi wurde von der MRM nominiert. Er sicherte in seinen Ansprachen den Wählern zu, die sozialen und wirtschaftlichen Probleme des Landes anzugehen. Er hatte jedem Iraner über 18 Jahre eine monatliche Unterstützung in Höhe von 50.000 Tuman (umgerechnet 50 Euro) versprochen, um so die Armut zu bekämpfen.<sup>43</sup>

Die konservativen Kreise sahen in Moin einen „Radikalreformer“. Sein Beraterstab machte Menschen- und Bürgerrechte sowie Entwicklung und Forschung zu Kernthemen seines Wahlkampfes für die neunten Präsidentschaftswahlen. Moin sagte zudem den Studenten seine besondere Unterstützung zu und stellte inhaftierten Studenten eine Wiederaufnahme ihres Verfahrens in Aussicht. Trotz seiner klaren Zusagen und eindeutigen Sympathiebekundungen für die Belange der Studenten konnte Moin, anders als etwa Khatami 1997, nicht mit deren Unterstützung rechnen. Die bedeutendste studentische Organisation, das „Büro zur Festigung der Einheit“ (*daftar-e tahkim-e wahdat*), verwehrte ihm ihre ausdrückliche Wahlempfehlung.

Innerhalb der Zivilgesellschaft fehlte es den vorgestellten staatlichen Reformern an Glaubwürdigkeit, weil sie für den gescheiterten Reformprozess unter Khatami verantwortlich gemacht wurden. Die staatlichen Reformer diskreditierten sich, indem sie die Forderung der zivilgesellschaftlichen Akteure, auf eine Kandidatur zu verzichten und die Wahlen zu boykottieren, ignorierten. Die Friedensnobelpreisträgerin Schirin Ebadi verkündete, dass sie an den Wahlen nicht teilnehmen werde, da sie die Vorauswahl der Kandidaten durch den Wächterrat für nicht demokratisch erachte. Bereits im Vorfeld der Wahlen schien also

42 Vgl. [www.sharghnewspaper.ir/840308/html/index.htm](http://www.sharghnewspaper.ir/840308/html/index.htm) (Zugriff: 22. Januar 2007).

43 Siehe Mostafa Moin wa Mehdi Karrubi, in: *salnam-e ye shargh*, Teheran, 2004, S. 34f.

die größte Gefahr der Reformkandidaten der Boykott ihrer mutmaßlichen Stammwähler zu sein.

Ein drittes Konfliktfeld kristallisierte sich innerhalb des konservativen Lagers heraus. Denn auch die Konservativen, die das siebte Parlament beherrschen, sind keine homogene Gruppe. Zu den wichtigsten Wortführern der Ultrakonservativen gehörte Ahmadinejad. Er trat bei den neunten Präsidentschaftswahlen nicht nur gegen reformorientierte Kandidaten an, seine härtesten Konkurrenten stammten aus dem konservativen Lager selbst. Neben Ahmadinejad (Oberbürgermeister von Teheran) kandidierten Dr. Ali Akbar Velayati (Außenminister von 1981 bis 1997), Mohsen Rezai (Befehlshaber der Revolutionsgarden), Dr. Mohammad Baqer Qalibaf (Polizeipräsident von Teheran) und Dr. Ali Ardasheeri Larijani (Leiter der staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalt von 1994 bis 2004).

Die pragmatischen Konservativen, zu deren Hauptvertretern Rezai und Qalibaf zählten, distanzieren sich im Gegensatz zu den Ultrakonservativen von den strengen Wert- und Normenvorstellungen der Revolutionsideologie. Durch einen modernen und areligiösen Wahlkampfstil versuchten sie, Wähler aus der städtischen Mittelschicht für sich zu gewinnen. Die pragmatischen Konservativen kritisierten die Wirtschaftspolitik der Khatami-Regierung, versprachen wirtschaftliche Entwicklung und die friedliche Lösung des Konflikts um das iranische Nuklearprogramm. Als aussichtsreichster Kandidat der pragmatischen Konservativen galt Qalibaf, der als Hauptkonkurrent des Pragmatikers Rafsanjani angesehen wurde.

## 4.2 Ahmadinejad im Wahlkampf

Ahmadinejad präsentierte sich im Wahlkampf wie sein Vorbild Mohammad Ali Rajai, der sich zu seiner Zeit für die Belange der sozial Benachteiligten und Entrechteten (*mosta'zafin*) eingesetzt hatte.<sup>44</sup> Um seine Volksnähe zu demonstrieren, nannte Ahmadinejad seine offizielle Website „Freund des Volkes“ (*Mardom yar*). Obwohl Ahmadinejad Mitglied der religiös-konservativen Fraktion „Kultivierende des islamischen Iran“ (*Abadgaran-e Iran-e Eslami*) ist, kündigte er nach seinem Sieg an, er wolle die Interessen der gesamten iranischen Bevölkerung vertreten. Mit seinem Wahlkampf-Motto „Das Volk ist die Regierung“ und mit dem Schlagwort der „Siebzig-Millionen Regierung“ (*dolat-e haftad milyuni*) unterstrich er diese Haltung.<sup>45</sup> Somit gelang es ihm, weitaus bekanntere, pragmatisch orientierte Mitbewerber wie Qalibaf oder Rezai an den Rand zu drängen, und dies, obwohl er in den öffentlichen Debatten kaum eine Rolle spielte. Die Hauptforderungen der Ultrakonservativen waren soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit. Ahmadinejad kündigte an, für eine gerechte Umverteilung der Erdöleinnahmen zu sorgen. Darüber hinaus versprach er, die vorherrschende Korruption und den Nepotismus (*rant chari*) zu unterbinden. Im Wahlkampf gebrauchte Ahmadinejad die Parolen aus der Anfangszeit der Islamischen Revolu-

44 Mohammad Ali Rajai wurde am 24. Juli 1981 mit 88 Prozent der Stimmen als iranischer Präsident gewählt.

45 Nachzulesen unter zendeginameh, in: [www.mardomyar.ir](http://www.mardomyar.ir) (Zugriff: 16. August 2005).

tion, etwa „Wir haben die Revolution nicht gemacht, um eine Demokratie zu errichten“. Ahmadinejad favorisierte die Idee eines „islamischen Wirtschaftssystems“, das auf Gerechtigkeit und nicht auf Maximierung des Eigennutzes zielt. Gewiss wurde der Faktor Religion im Wahlkampf nicht explizit thematisiert, aber die sozialen und wirtschaftlichen Probleme erörterte Ahmadinejad im Kontext des religiösen Wertesystems.<sup>46</sup>

### 4.3 Der Wahlausgang und seine politischen Konsequenzen

Im ersten Wahlgang am 17. Juni erhielt Rafsanjani mit 21 Prozent die meisten Stimmen, gefolgt von Ahmadinejad mit 19,5 Prozent und Karrubi mit 17,3 Prozent.<sup>47</sup> Moin erreichte nur 13,8 Prozent der Stimmen und belegte lediglich den fünften Platz – knapp hinter dem Kandidaten der pragmatischen Konservativen Qalibaf, der auf 13,9 Prozent der Stimmen kam (siehe Abbildung 2).

Da kein Kandidat die absolute Mehrheit der Stimmen erreichen konnte, musste zum ersten Mal in der Geschichte der Islamischen Republik eine Stichwahl durchgeführt werden. Selbst die Konservativen hatten nicht erwartet, dass Ahmadinejad bei der Stichwahl zum Gegenkandidaten Rafsanjanis avancieren würde. Aus dem Lager der Reformer konnte kein einziger Kandidat die Hürde für die Stichwahl überwinden, um gegen Rafsanjani anzutreten. Bei der Stichwahl am 24. Juni erhielt Ahmadinejad rund 62 Prozent der abgegebenen Wählerstimmen. Er erzielte in der zweiten Wahlrunde in Qom 73 Prozent, in Isfahan 71,8 Prozent und in Teheran 61 Prozent der Wählerstimmen.<sup>48</sup>

**Abbildung 2: Ergebnis der Präsidentschaftswahlen 2005**

Kandidaten	Erster Wahlgang (17. Juni)		Stichwahl (24. Juni)	
	Stimmen	Prozent	Stimmen	Prozent
Ali-Akbar Hashemi Rafsanjani	6.159.435	21.01	10.046.701	35.93
Dr. Mahmoud Ahmadi-Nejad	5.710.354	19.48	17.284.782	61.69
Mehdi Karrubi	5.066.316	17.28		
Mohammad-Baqer Qalibaf	4.075.189	13.90		
Dr. Mostafa Moin	4.054.304	13.83		
Dr. Ali Ardeschir Larijani	1.740.163	5.94		
Mohsen Mehr-Alizadeh	1.289.323	4.40		
Ungültige Stimmen	1.221.940	4.17	663.770	2.37
<b>Gesamt</b>	<b>29.317.042</b>		<b>27.331.483</b>	

Quelle: ISNA, [www.isna.ir](http://www.isna.ir), Iranian Students News Agency, Teheran, Zugriff Juni 2005.

46 Vgl. BBC Persian, [www.bbc.net.uk/persian](http://www.bbc.net.uk/persian) (Zugriff: 22. Januar 2007).

47 Vgl. dpa, 18. Juni 2005.

48 Vgl. Das iranische Innenministerium in Teheran, [www.moi.ir](http://www.moi.ir) (Zugriff: 22. Januar 2007).

Abbildung 3: Wahlbeteiligung in den Provinzen

Provinzen	Wahlbeteiligung (1./2. Wahlgang)	Ahmadinejad (1./2. Wahlgang)	Rafsanjani (1./2. Wahlgang)
Ardabil	54.15/ 49.00	6.93/ 62.93	19.40/ 34.71
Azarbaijan (Ost)	51.25/ 46.18	14.51/ 67.98	19.67/ 29.55
Azarbaijan (West)	44.02/ 37.15	8.93/ 60.16	17.96/ 35.13
Bushehr	72.33/ 66.49	19.59/ 55.81	23.16/ 41.82
Chahar Mahal./Bakhtiari	64.85/ 64.34	22.35/ 71.80	16.17/ 26.49
Eylam	80.43/ 66.76	10.82/ 51.21	13.55/ 45.81
Fars	61.36/ 58.28	13.18/ 57.14	21.90/ 40.44
Gilan	58.40/ 58.52	14.03/ 64.35	20.29/ 32.98
Golestan	65.81/ 60.53	7.85/ 53.63	21.51/ 44.31
Hamadan	62.34/ 57.52	23.75/ 70.40	21.43/ 27.62
Hormazgan	78.30/ 67.49	12.99/ 59.67	12.25/ 37.70
Isfahan	58.26/ 59.60	43.64/ 71.83	14.20/ 25.78
Kerman	77.98/ 77.86	10.85/ 50.71	40.32/ 47.97
Kermanschah	55.38/ 51.20	9.16/ 48.60	17.91/ 47.03
Khorasan (Nord)	63.55/ 55.67	6.44/ 59.74	19.77/ 38.59
Khorasan (Razawi)	70.99/ 63.99	14.58/ 63.79	20.36/ 34.43
Khorasan (Süd)	78.59/ 71.88	34.94/ 66.30	19.68/ 32.32
Khuzistan	55.33/ 51.25	14.85/ 60.76	20.40/ 35.70
Kohgiluyeh u. B. Ahmad	78.48/ 76.11	10.81/ 61.23	17.65/ 37.24
Kurdistan	37.37/ 24.96	5.79/ 49.61	14.00/ 42.37
Lorestan	67.17/ 60.41	8.54/ 49.70	14.84/ 47.77
Markazi	62.09/ 60.63	26.79/ 69.70	23.72/ 28.32
Mazandaran	65.19/ 65.26	11.58/ 64.57	22.68/ 33.50
Qazwin	69.23/ 67.04	22.69/ 72.81	20.88/ 25.45
Qom	77.01/ 77.27	53.38/ 73.16	21.68/ 25.05
Semnan	73.48/ 74.22	33.16/ 71.69	23.60/ 26.18
Sistan wa Baluchistan	74.44/ 63.76	5.46/ 44.37	17.74/ 54.35
Teheran	63.68/ 65.20	28.63/ 61.11	24.31/ 36.62
Yazd	76.02/ 75.49	36.95/ 66.82	16.43/ 30.77
Zanjan	65.25/ 61.03	20.06/ 67.62	23.80/ 30.47

Quelle: Iranisches Innenministerium in Teheran, siehe <http://www.moi.ir/ghavain/state.htm>, Zugriff Juli 2005.

Das unerwartete Resultat des ersten Wahlgangs hatte ein politisches Nachspiel. Nach der ersten Wahlrunde brach der Konflikt zwischen dem Lager der Ultrakonservativen und den Reformern erneut aus. Karrubi bezichtigte die ultrakonservativen militärischen Kräfte, darunter Teile der Revolutionswächter und die paramilitärische Basiji-Miliz, der Wahlmanipulation. Wegen diverser Unstimmigkeiten bei der ersten Auszählung forderte Karrubi für die größeren Städte, darunter Isfahan, Qom, Teheran und Maschhad, eine Neuauszählung



der Stimmen. Nach Stichproben bestätigte der Wächterrat jedoch die Ergebnisse der ersten Wahlrunde und kündigte an, dass die Stichwahl zwischen Rafsanjani und Ahmadinejad am 24. Juni stattfinden werde. Aus Protest gegen die Entscheidung des ultrakonservativen Wächterrates trat Karrubi von allen politischen Ämtern zurück. Nach den Wahlen wurde Larijani vom Revolutionsführer zum Vorsitzenden des Nationalen Sicherheitsrates und Qalibaf zum Oberbürgermeister von Teheran ernannt.<sup>49</sup> Wie im Folgenden ausgeführt wird, eskalierten die Konflikte mit der Besetzung der Exekutive.<sup>50</sup>

#### 4.4 Analyse der Wahlergebnisse

In der ersten Wahlrunde konnten offenbar diejenigen Kandidaten hohe Stimmanteile erzielen, die im Wahlkampf die wirtschaftlichen Präferenzen der Bürger – das heißt Armutsreduzierung und soziale Gerechtigkeit – ausdrücklich berücksichtigt hatten. Das bedeutet, dass die Mehrheit der Iraner ideologisch nicht festgelegt ist. Diese Beobachtung trifft sowohl auf die Kandidaten aus dem ultrakonservativen als auch aus dem Reformlager zu. Karrubi, der im Vergleich zu Moin innerhalb des Reformspektrums wenig Rückhalt hatte, hatte durch eine vereinfachte Darstellung der sozioökonomischen Probleme deutlich mehr Stimmen als Moin erhalten. Sogar verglichen mit Ahmadinejad konnte Karrubi in der ersten Wahlrunde in den ärmeren Provinzen mehr Stimmen erzielen. Doch auch Ahmadinejad vermochte es, mit seiner populistischen Wahlkampagne und dem Versprechen, in Iran endlich wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit (*edalat*) walten zu lassen, viele sozial benachteiligte Wähler für sich zu gewinnen.

Letztendlich lässt sich der Sieg Ahmadinejads jedoch nicht ausschließlich aus der Unterentwicklung der Wirtschaft erklären. Seine Kandidatur fand insbesondere in einigen theologischen Bildungseinrichtungen in Qom und bei den paramilitärischen Gruppierungen wie der Basiji-Miliz großen Rückhalt. Im klerikalen Lager wurde Ahmadinejad von Ayatollah Mesbah Yazdi unterstützt, dem Leiter des in Qom ansässigen Imam-Khomeini Instituts für Forschung und Lehre. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen forderte Yazdi die Mitglieder der Basiji dazu auf, ihre Stimme Ahmadinejad zu geben. Dieser erhielt in der ersten Wahlrunde mit 53,4 Prozent die meisten Stimmen aus der Provinz Qom. In Teheran konnte er, obwohl dort Oberbürgermeister, bei einer Wahlbeteiligung von 63,7 Prozent, lediglich 28,6 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Beim zweiten Wahlgang errang Ahmadinejad in den eher wohlhabenden Provinzen, darunter Qom, Isfahan und Qazwin, über 70 Prozent der Stimmen. Daraus lässt sich ableiten, dass Ahmadinejad nicht nur von den sozial Benachteiligten gewählt wurde.

In der zweiten Wahlrunde stiegen Ahmadinejads Siegeschancen, weil sein Kontrahent Rafsanjani in der Bevölkerung kaum Reputation genoss und zudem als Geistlicher für das klerikale Establishment stand. Mit ihrer Stimme für Ahmadinejad entschieden sich viele

49 Vgl. [www.sharghnewspaper.ir/840525/html](http://www.sharghnewspaper.ir/840525/html) (Zugriff: 22. Januar 2007).

50 Vgl. u.a. Vali Nasr, Iran's Peculiar Election. The Conservative Wave Rolls on, in: *Journal of Democracy*, Jg. 16, Nr. 4, 2005, S. 9-23.

Wähler somit für einen Nichtkleriker als Staatspräsidenten. Um eine Machtübernahme durch die paramilitärischen Kräfte zu verhindern, wurde Rafsanjani in der zweiten Wahlrunde von einem Teil der Reformer und den pragmatischen Konservativen unterstützt.<sup>51</sup> Jedoch konnte deren Unterstützung Rafsanjanis Chancen, wie auch Gheissari und Nasr konstatieren, nicht grundlegend verbessern: „*The dilemma facing reformists and pragmatic conservatives was that in an election now focused on socioeconomic grievances, their candidate epitomized the wealth and corruption that the lower class was mobilizing against.*“<sup>52</sup>

Unter Ahmadinejads Wählern fanden sich also auch solche, die damit gegen die institutionalisierte wirtschaftliche Korruption, schlechte Regierungsführung<sup>53</sup> und das klerikale Establishment protestieren wollten. Darüber hinaus zeigen die Wahlergebnisse der einzelnen Provinzen, dass die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe einen großen Einfluss auf das Wahlverhalten hatte. In den Grenzprovinzen wie Kordestan, Kermanshah, West- und Ost Azarbajjan, Sistan, Baluchestan und Khuzestan, in denen die ethnischen Minderheiten des Vielvölkerstaats leben, erzielte Ahmadinejad im ersten Wahlgang seine schlechtesten Ergebnisse (siehe Abbildung 3). Die niedrige Wahlbeteiligung in den genannten Provinzen erklärt sich aus der langjährigen Benachteiligung der dort ansässigen ethnischen Minderheiten. Es ist ein Zeichen für das Versagen der Zentralregierung in der Peripherie. Dass die ethnischen Minderheiten in Iran einen schlechteren Zugang zu Gesundheit, Bildung, Arbeit und Infrastruktur haben, wurde von Amnesty International bestätigt.<sup>54</sup>

#### 4.5 Der sechste Staatspräsident der Islamischen Republik Iran und die Besetzung der neuen Exekutive

Der sechste Staatspräsident der Islamischen Republik Iran, Dr. Mahmud Ahmadinejad, wurde am 6. August vor dem Parlament in Teheran vereidigt, nachdem er vom Revolutionsführer als Präsident bestätigt worden war.<sup>55</sup> Ahmadinejad legte seine Kabinettsliste dem Parlament bereits am 14. August 2005 vor. Zum ersten Mal in der Geschichte der Islamischen Republik Iran wurden nicht alle vom Präsidenten vorgeschlagenen Minister vom Parlament akzeptiert.<sup>56</sup> Zwar ist die Legislative hauptsächlich von Konservativen besetzt, innerhalb dieser Reihen gibt es jedoch starke Kontroversen. Einige Parlamentsmitglieder kritisierten, dass die ausgewählten Minister keine ausreichenden Erfahrungen vorzuweisen hätten. Am 24. August wurden daher nur 17 Minister vom Parlament bestätigt. Die Ablehnung der

51 Vgl. Ali Akbar Mahdi, A Stunning Election, in: American Iranian Council, Nr. 4, September 2005, S. 4.

52 Geissari/Nasr, a.a.O. (Anm. 23), S. 156.

53 Dazu Volker Perthes, Reform bleibt gefordert. Der Westen kann den politischen Wandel in der arabischen Welt fördern – oder behindern, in: Internationale Politik, Juni 2006, S. 6-13, hier S. 5.

54 Dazu Amnesty International, Jahresbericht 2006, in: [www2.amnesty.de](http://www2.amnesty.de) (Zugriff: 10. Dezember 2006).

55 Vgl. FAZ, 3. August 2005.

56 Vgl. Irna, 15. August 2005.

Kandidaten für die vier Ministerien für Entwicklung, Bildung, Soziales und Öl wurde mit fehlendem Expertenwissen der jeweiligen Kandidaten begründet.<sup>57</sup>

Am schwersten tat sich das Parlament mit der Benennung des Ölministers. Erst Ende Dezember wurde nach drei zurückgewiesenen Vorschlägen des Präsidenten Kazem Vaziri Hamaneh, der zuvor die Funktion des stellvertretenden Erdölministers innegehabt hatte, zum Ölminister ernannt. Der erste als Ölminister vorgeschlagene Kandidat, Ali Saeedlou, wurde wegen zu geringer Sachkenntnisse vom Parlament abgelehnt. Der zweite, aus den Reihen der Revolutionsgarden stammende Kandidat, zog seine Bewerbung zurück, da auch er mit einer Ablehnung rechnete. Mohsen Tassallotti, dem dritten Bewerber, warf das Parlament ebenfalls mangelnde Erfahrung vor.<sup>58</sup> Für Ahmadinejad bedeutete das Parlamentsvotum eine schwere Niederlage, denn das Ölministerium zählt zu den Schlüsselposten der Regierung. Beobachter vermuten, dass der Konflikt innerhalb des konservativen Lagers künftig auch die parlamentarischen Entscheidungsfindungsprozesse nachhaltig beeinflussen wird.

#### Abbildung 4: Ahmadinejads Kabinett

Ministerämter	Amtsinhaber
Außenminister	Manouchehr Mottaki
Arbeitsminister	Mohammad Jahromi
Bildungsminister	Ali Akbar Ash'ari
Energieminister	Parviz Fattah
Entwicklungsminister	Ali-Reza Ali-Ahmadi
Gesundheitsminister	Kamran Baqeri Lankarani
Handelsminister	Masoud Mir-Kazemi
Industrieminister	Ali-Reza Tahmasbi
Innenminister	Mostafa Pour-Mohammadi
Justizminister	Jamal Karimi-Rad <sup>59</sup>
Landwirtschaftsminister	Mohammad-Reza Eskandari
Minister für Information	Gholam-Hossein Mohseni Ezhei
Minister für Kommunikation und Informationstechnologie	Mohammad Soleymani
Minister für Kultur und islamische Führung	Mohammad-Hossein Saffar-Harandi
Ölminister	Kazem Vaziri Hamaneh
Sozialminister	Mehdi Hashemi
Transportminister	Mohammad Rahmati
Verteidigungsminister	Mostafa Mohammad Najjar
Wirtschaftsminister	Davoud Danesh-Ja'fari
Wissenschaftsminister	Mohammad-Mehdi Zahedi
Wohnungsbauminister	Mohammad Saeedi-Kia

© Semiramis Akbari, Frankfurt am Main, 2006.

57 Vgl. BBC Persian, 21. August 2005.

58 Vgl. Iran Report, (Heinrich-Böll-Stiftung, Nr. 1), Jg. 5, Berlin, Januar 2006.

59 Bei einem Autounfall Ende Dezember ist Karimi-Rad ums Leben gekommen.

Aus der Beschreibung der Entwicklungen im Vorfeld der Wahlen wurde deutlich, dass die nichtdemokratischen streng religiösen und revolutionären Netzwerke sich in der zweiten Amtszeit Khatamis (2001-2005) als Gegenbewegung auf lokaler und nationaler Ebene reorganisiert haben. Die erfolgreiche Rekrutierung von neuen Gefolgsleuten ging auf das Patronageverhältnis zwischen dem klerikalen Kern der Ultrakonservativen und ihren Trägergruppen zurück. Entscheidend für Ahmadinejads Wahlerfolg war die Anschlussfähigkeit seiner streng religiösen Weltsicht an die Denkmuster der Islamischen Revolution (1978/79). Ahmadinejad bezog seine Legitimation aus dem Kampf gegen Korruption sowie dem Versprechen, wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit walten zu lassen. Die Analyse der Wahlen hat deutlich gemacht, dass diese, im Unterschied zu den Wahlen von 1997 und 2001, im Schatten von Wettbewerbsverzerrung standen. Bezüglich der Wahlmechanismen ist festgestellt worden, dass es zwar regelmäßig Wahlen auf verschiedenen Ebenen gab, diese jedoch vom Wächterrat kontrolliert wurden. Nicht-linientreue Kandidaten wurden nicht zugelassen. Die neunten Präsidentschaftswahlen waren außerdem angesichts des US-amerikanischen Drucks für die Herrschaftssicherung des Regimes von Bedeutung.

## **5. Innenpolitische Entwicklungen und Debatten nach den Präsidentschaftswahlen**

### **5.1 Die Debatte über eine Stärkung der Zivilgesellschaft und die Reaktionen der Ultrakonservativen**

Der Ausgang der Präsidentschaftswahlen hat in Iran eine alte Debatte über die Zukunft der Reformbewegung und die Reformierbarkeit des politischen Systems von innen erneut angestoßen. Vertreter der etablierten Reformfraktionen sowie säkulare und religiöse Intellektuelle diskutieren über die Rolle der Zivilgesellschaft im Prozess der demokratischen Transformation. Im Vordergrund der Reformdebatte steht, dass die Zivilgesellschaft, demokratische Normen und Werte in Iran gestärkt werden müssen. Mit dem Ziel, die Zivilgesellschaft zu stärken und ein Gegengewicht zu der ultrakonservativen Regierung herzustellen, gründeten die einstigen staatlichen Reformer nach den neunten Präsidentschaftswahlen neue Fraktionen, darunter die „National-Getreuen“ (*Etemad-e Melli*), gegründet von Mehdi Karrubi, und die „Front für Demokratie und Menschenrechte“ (*Jebhe-ye Demokrasi va Hoquqe Bashar*), gegründet von Moin und der „Nationalen Freiheitsbewegung“ (*Nehzat-e Azadi-e Iran*).<sup>60</sup>

60 Vgl. z.B. [www.sharghnewspaper.ir/840509/html/index.htm](http://www.sharghnewspaper.ir/840509/html/index.htm) (Zugriff: 22. Januar 2007); [www.sharghnewspaper.ir/840409/html/index.htm](http://www.sharghnewspaper.ir/840409/html/index.htm) (Zugriff: 22. Januar 2007) und [www.opendemocracy.net/democracy-iran/democracy/result\\_2675.jsp](http://www.opendemocracy.net/democracy-iran/democracy/result_2675.jsp) (Zugriff: 22. Januar 2007).

Als Voraussetzung für die Beteiligung an der „Front für Demokratie und Menschenrechte“ nannten die Reformer die „Treue zur Verfassung“.<sup>61</sup> Zivilgesellschaftliche Meinungsführer wie der Journalist und Dissident Akbar Ganji riefen dagegen allgemein zum Widerstand gegen die Ultrakonservativen auf. Sie verfolgten die Strategie, das Regime durch gewaltfreien „zivilen Ungehorsam“ (z.B. Hungerstreik) zu unterminieren und einen Wechsel herbeizuführen. Die Diskussion über einen größeren Einfluss der Zivilgesellschaft wird allerdings von den Machthabern abgelehnt. Nach dem Regierungswechsel im August 2005 wird von den Ultrakonservativen jede Debatte darüber als Provokation angesehen. Sie versuchen insbesondere die Universitäten unter ihre Kontrolle zu bringen. Seit den Studentenprotesten im Juli 1999er scheinen die Universitäten in den Augen der Ultrakonservativen als potenzieller Hort zivilen Ungehorsams. Nach Angaben von Amnesty International ist die Zahl der Menschenrechtsverletzungen in Iran seit August 2005 gestiegen.<sup>62</sup> Die Ultrakonservativen betrachten die Menschenrechte als ein ideologisches Instrument, mit dem der Westen die Islamische Republik zu diskreditieren versucht. Im Juni 2005 wurde in Teheran eine friedliche Kundgebung von Frauenrechtlerinnen gewaltsam aufgelöst. Im Januar 2006 fanden in Teheran Arbeiterstreiks statt, die von der Regierung gewaltsam unterbunden wurden. Auch die NGOs, die in der Khatami-Ära auflebten, stehen unter enormen Druck. Die staatlichen Subventionen für Reformzeitungen wurden stark reduziert. Die Tageszeitung Shargh (Osten), das wichtigste Sprachrohr der staatlichen Reformer, wurde im Oktober 2006 eingestellt.

## 5.2 Islamische Republik oder islamischer Staat?

Nachdem im vorhergehenden Abschnitt die Debatte über die Rolle der Zivilgesellschaft thematisiert wurde, wird im Folgenden auf die Debatten, die gegenwärtig in Iran geführt werden, eingegangen. Ein zentrales Thema hierbei ist die Diskussion über den Herrschaftscharakter des iranischen Staates. Diese Debatte wird auch unter dem Stichwort „islamischer vs. republikanischer Staat“<sup>63</sup> geführt. Dabei geht es im wesentlichen um die Popularisierung der Mahdi-Tradition durch Ahmadinejad und um die Expertenratswahlen. Diese Diskussionen hatten in der Tat Konsequenzen für das politische Gefüge der Islamischen Republik Iran. Der eingangs aufgeworfenen Frage, ob man mit Ahmadinejads Wahlsieg von einer Konzentration der Macht in den Händen der Ultrakonservativen sprechen kann, oder ob die verbalen Entgleisungen des Staatspräsidenten ein Zeichen seiner Ohnmacht sind, soll an dieser Stelle nachgegangen werden.

Staatspräsident Ahmadinejad ist ein treuer Anhänger des 12. Imams der Schiiten. Daher war die Bereitstellung von Geldern (Schätzungen nach etwa 17 Millionen US-Dollar) für die Renovierung der Jamkaran-Moschee, in der die Anhänger Mahdis ihr Gebet ver-

61 Vgl. Iran-Report, (Heinrich-Böll-Stiftung, Nr. 7), Jg. 4, Berlin, Juli. 2005, S. 7f.

62 Vgl. Länderbericht von Amnesty International, [www.amnesty.de](http://www.amnesty.de) (Zugriff: 10. Dezember 2006).

63 Vgl. Behzad Keshmiripour, Rechtskonservative Islamisten im Iran. Griff nach der Macht, in: [www.qantara.de/webcom/show\\_article.php/\\_c-468/\\_nr-482/i.html](http://www.qantara.de/webcom/show_article.php/_c-468/_nr-482/i.html) (Zugriff: 11. Dezember 2006).

richten, eine der ersten politischen Entscheidungen des Präsidenten. Dank Ahmadinejad beherrscht das Mahdi-Thema die öffentlichen Debatten in Iran. In den konservativen Zeitungen wird insbesondere darüber debattiert, wann der 12. Imam erscheint. Die Zwölferchia ist seit dem 16. Jahrhundert die offizielle Religion in Iran. Die Zwölfer-schiiten erkennen zwölf Imame als rechtmäßig an. Wie bereits oben erwähnt, lebt der 12. Imam nach schiitischem Glauben entrückt in der Verborgenheit und kehrt als Imam Mahdi am Ende der Zeit wieder zurück. Im Ausland wurde man auf das Mahdi-Thema aufmerksam, nachdem Ahmadinejad in der Stadt Qom im Kreise einflussreicher Kleriker erklärte, dass ihn während seiner Rede vor den Vereinten Nationen im September 2005 ein Licht umhüllt hätte. Das Licht sollte ein Zeichen des 12. Imam sein. Im Ausland wurde darauf die Rationalität des Präsidenten in Zweifel gezogen. Doch die vorliegende Analyse geht davon aus, dass Ahmadinejad aus realpolitischen Gründen das Mahdi-Thema aufgegriffen hat. Um diese Annahme zu untermauern, muss der Blick erneut auf die Machtstrukturen in Iran gerichtet werden.

Zunächst kann festgestellt werden, dass die politische Elite im postrevolutionären Iran den Glauben an Imam Mahdi nie in Frage gestellt hat. Allerdings bedeutet eine politische Popularisierung der Mahdi-Tradition durch einen Staatspräsidenten ein Novum. Laut der iranischen Verfassung fungiert der Revolutionsführer in der Zeit der Verborgenheit des 12. Imam als sein alleiniger Stellvertreter.<sup>64</sup> Beobachter halten es für möglich, dass Ahmadinejad sich auf die schiitische Messiasvorstellung stützt, um sich ebenfalls religiös zu legitimieren. Die direkte Berufung Ahmadinejads auf den 12. Imam der Schiiten, der in der Weltanschauung der Schia als ein messianischer Endzeitherrscher und Erlöser wiederkehrt,<sup>65</sup> reflektiert nach Ansicht von Iranexperten, dass Ahmadinejad seinen Handlungsspielraum zu erweitern versucht.<sup>66</sup>

Der beschriebene messianische Re-Islamisierungsversuch zeugt generell von einer Machtprobe zwischen sämtlichen islamisch-republikanischen und nicht-republikanisch-theokratischen Akteuren um die absolute ökonomische, politische und militärische Vormachtstellung. Nach dem Wahlsieg Ahmadinejads entwickelte sich in Iran eine Diskussion über das institutionelle Gefüge der Islamischen Republik. Die Debatte dreht sich um die Frage, ob Ayatollah Ruhollah Khomeini ein Verfechter eines islamischen Staates oder einer Republik gewesen sei. Ultrakonservative Kleriker wie Mesbah Yazdi stellen die durch das Volk legitimierten republikanischen Machtzentren in Frage: „*The Prophets of God did not believe in pluralism*“.<sup>67</sup> [Hervorheb. Takeyh] Um den eigenen Machtanspruch ideologisch-theologisch zu legitimieren, sehen diese Kleriker die Wahl des Staatspräsidenten

64 Vgl. Mehdi Khalaji, Irans Staatsklerus. Fehlende Glaubwürdigkeit, November 2006, in: [www.qantara.de/webcom/show\\_article.php/\\_c-468/\\_nr-634/\\_p-1/i.html](http://www.qantara.de/webcom/show_article.php/_c-468/_nr-634/_p-1/i.html) (Zugriff: 11. Dezember 2006).

65 Zum Konzept der „Verborgenheit“ (*qeybat*) siehe Wilfried Buchta, Schiiten, München (Kreuzlingen), 2004, S. 23ff.

66 Siehe Faraj Sarkohi, Wahl des Expertenrates im Iran. Machtpoker mit dem religiösen Führer, in: [www.qantara.de/webcom/show\\_article.php/\\_c-468/\\_nr-528/i.html](http://www.qantara.de/webcom/show_article.php/_c-468/_nr-528/i.html) (Zugriff: 12. Dezember 2006).

67 Ray Takeyh, Hidden Iran. Paradox and Power in the Islamic Republic, New York (Times Books/Henry Holt), 2006, S. 36.

durch das Volk nicht als rechtsverbindlich an. Sie erheben den Anspruch, einen aus ihrer Sicht zu liberalen Präsidenten durch einen eigenen Kandidaten ersetzen oder das Parlament aufzulösen zu können. Das Parlament selbst wird von den ultrakonservativen Klerikern nicht als demokratische Institution anerkannt. Angespornt von der messianischen Rhetorik des neuen Präsidenten legen ultrakonservative Kleriker wie Yazdi selbst das Herrschaftskonzept der *velayat-e faqih* neu aus. Sie berufen sich auf die Position Ayatollah Ruhollah Khomeinis, der niemals ein Verfechter der Republik (*jomhurri-yat*) gewesen sei, sondern die Errichtung eines islamischen Staates (*hokumat-e eslami*) gefordert habe. Die Reformer und Pragmatiker befürchteten für den Fall, dass die ultrakonservativen Kleriker aus den Wahlen zum Expertenrat Mitte Dezember 2006 gestärkt hervorgegangen wären, dass antirepublikanische Kräfte an Gewicht gewonnen und dann einen eigenen Kandidaten für das Revolutionsführersamt präsentiert hätten.

Um dem Einfluss von antirepublikanischen Kräften entgegen zu wirken, wurden daher parallel zu den Expertenratswahlen die Kommunalwahlen abgehalten. Die Kommunalwahlen wurden vorgezogen, um eine höhere Wahlbeteiligung bei den Expertenratswahlen zu erreichen. Dass der Wächterrat Kandidaten aus dem Reformlager zu den Kommunalwahlen zuließ, spricht dafür, dass Yazdi selbst innerhalb des konservativen Lagers umstritten ist. Aus den Wahlen zum Expertenrat gingen die Pragmatiker als Sieger vor. Rafsanjani, der ebenfalls für den Expertenrat kandidierte, erhielt weitaus mehr Stimmen als sein Kontrahent Yazdi. Bei den Kommunalwahlen lagen die pragmatischen Konservativen vor den Ultrakonservativen. In Teheran gewann das Lager des derzeitigen Oberbürgermeister Qalibaf sieben der 15 Sitze. Die Reformfraktion schaffte den Einzug in die meisten Gemeinderäte. Beobachter gehen davon aus, dass die pragmatischen Konservativen und die Reformfraktion auf kommunaler Ebene eine Koalition gegen die Ultrakonservativen bilden werden.

## **6. Außenpolitischer Druck und innenpolitische Dynamiken**

### **6.1 Die Bedeutung der US-amerikanischen Iranpolitik für den Aufstieg der Ultrakonservativen**

Europäische Sicherheitsexperten heben hervor, dass es der Bush-Administration im Konflikt um das iranische Nuklearprogramm um mehr geht als um die Frage der Urananreicherung. Vielmehr verfolge sie die Strategie, in Iran einen Regimewechsel zu erwirken. Insbesondere die amerikanischen Neokonservativen fordern die Entmachtung des Regimes in Teheran. Ein Blick auf die neuere Geschichte der amerikanisch-iranischen Beziehungen zeigt, dass seit der Islamischen Revolution 1979 sowie der Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran durch iranische Studenten und der Geiselnahme von Botschaftsmitarbeitern das Verhältnis von Misstrauen geprägt ist. Vereinfachende Feindbil-

der (Mullahstaat vs. Großer Satan) dominieren die wechselseitige Wahrnehmung.<sup>68</sup> Die Vereinigten Staaten und Iran unterhalten offiziell seit der Islamischen Revolution 1979 keine diplomatischen Beziehungen mehr. Seither betreiben die USA erfolglos eine Embargopolitik gegenüber Iran. Im Iran-Irak Krieg (1980-1988) unterstützte Washington unter Reagan offiziell das Saddam-Regime in Irak, inoffiziell wurden jedoch auch an die schiitische Führung in Iran Waffen verkauft, um amerikanische Geiseln im Libanon zu befreien. Dies ging Mitte der achtziger Jahre als Iran-Contra Affäre in die Geschichte ein. Schon zu Zeiten der Clinton-Administration wurde Iran zu den so genannten „Schurkenstaaten“ gezählt. Die Vorwürfe gegen das Land sind nicht neu: Iran wird seit der Islamischen Revolution 1979 vorgeworfen, den islamischen Terrorismus zu unterstützen, den Friedensprozess im Nahen Osten zu behindern und die Sicherheit Israels zu bedrohen. Die Clinton-Administration verfolgte gegenüber Iran eine Politik der wirtschaftlichen und politischen Eindämmung (Containment), ohne jedoch Iran militärisch zu bedrohen.<sup>69</sup> Auch Khatamis Dialogbereitschaft konnte die Clinton-Administration nicht zu einem Positionswechsel gegenüber Teheran bewegen. Khatami hatte im Januar 1998 in einem CNN-Interview die Besetzung der amerikanischen Botschaft bedauert und zu einem Dialog mit den USA aufgerufen. Die Clinton-Administration verzichtete zwar auf Regime-Change, aber auch die Containment-Politik trug dazu bei, dass die Reformversuche der 1990er Jahre in Iran scheiterten. Washington war von Beginn an skeptisch gegenüber den internen Liberalisierungsversuchen seitens Staatspräsident Khatami eingestellt. Den konservativen Machtzentren nutzte hingegen diese Isolationspolitik.

US-amerikanische Iranexperten wie Ray Takeyh betonen, dass die innenpolitischen Entwicklungen in Iran sowie das außenpolitische Verhalten des Landes eng mit der US-amerikanischen Iranpolitik zusammenhängen.<sup>70</sup> Neueste Studien aus den USA zeigen, dass die Iran-Politik der Bush- aber auch der Clinton-Administration nicht zu einer konstruktiven Aufarbeitung der außenpolitischen Konflikte mit Iran geführt hat. So haben sich beispielsweise durch die spezifische Art der Einmischung der Bush-Administration in die inneren Angelegenheiten Irans die innerstaatlichen Konflikte bereits im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen (2005) verschärft.

Die Regimewechsel-Strategie für Iran erhöhte auch das Gewaltisiko am Persischen Golf, denn die schiitische Führung in Teheran sieht in der Präsenz der amerikanischen Truppen und der Marine in dieser Region eine Provokation. Die US-amerikanische Militärpräsenz am Persischen Golf hat seit dem Sturz des Taliban-Regimes 2001 und des Saddam-Regimes 2003 zugenommen.<sup>71</sup> Amerikanische Truppen sind in Irans Nachbar-

68 Siehe dazu Mehrangiz Kar, *The Need for Removing the Demons from American and Iranian Political Discourses*, in: American Iranian Council (Hg.), *AIC-Update*, Jg. 2, Nr. 37, Dezember 2005, S. 1-4.

69 Zu Clintons Iranpolitik siehe Christian Hacke, *Die Politik der Clinton-Regierung im Nahen- und Mittleren Osten*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 49, Bonn, 1. Dezember 2000, S. 13-18.

70 Vgl. ebenda, S. 1-7.

71 Dazu Semiramis Akbari, *Iran zwischen amerikanischem und innenpolitischem Druck. Rückfall ins Mittelalter oder pragmatischer Aufbruch?*, Frankfurt (Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, HSFK-Report, Nr. 1), 2004.



staaten wie Irak, Saudi-Arabien, Pakistan, Afghanistan und den Zentralasiatischen Staaten stationiert. Die Einmischung der USA in regionale- und innergesellschaftliche Konflikte am Persischen Golf hat die Eskalationsgefahr zwischen den beiden Konfliktparteien (USA/Iran) erhöht.<sup>72</sup> Für Teheran hat sich die Sicherheitslage mit der Formulierung der US-amerikanischen Sicherheitsstrategie (NSS) vom September 2002 geändert.<sup>73</sup> Die US-Strategie ist von einer Agenda der Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens geprägt, die Militärschläge gegen „Schurkenstaaten“ ausdrücklich einschließt. Präventive Kriege und militärische Interventionen werden seitens der Bush-Administration mit der Verbreitung von Demokratie und der Durchsetzung von Menschenrechten legitimiert. Die Vereinigten Staaten betrachten Demokratisierung als die beste Friedensstrategie, da sie der Überzeugung sind, dass von Demokratien generell weniger Bedrohungen ausgehen als von Nichtdemokratien.<sup>74</sup> Die Bush-Administration begreift den theokratisch-republikanisch verfassten Staat Iran aufgrund seiner Nuklearambitionen als Bedrohung für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit.<sup>75</sup> Darüber hinaus betrachtet die US-Regierung den schiitischen Gottesstaat als Bedrohung für die westlichen Demokratien. Neuere politikwissenschaftliche Studien, die sich mit der neuen Nukleardoktrin der Vereinigten Staaten befassen, zeigen, dass im Rahmen präventiver Kriegesführung ein Kernwaffeneinsatz gegen „Schurkenstaaten“ nicht ausgeschlossen ist.<sup>76</sup> So berichtete der amerikanische Enthüllungsjournalist Seymour Hersh im April 2006, dass die USA einen präventiven Angriff gegen die nuklearen Einrichtungen Irans planten. Die amerikanischen Kriegspläne haben die Gefahr einer direkten Konfrontation mit Iran erhöht.

Die Regimewechselstrategie ist gegenwärtig ein wichtiger Bestandteil der Iranpolitik der Bush-Administration. Dabei unterscheidet sie zwischen der iranischen Bevölkerung und der islamischen Führung. Sie fordert die Zivilbevölkerung auf, das Regime zu stürzen.<sup>77</sup> Im Vorfeld der iranischen Präsidentschaftswahlen wurde deutlich, dass George W. Bush versuchte, Einfluss auf die inneren Entwicklungen in Iran zu nehmen. So bezeichnete er die Vorauswahl der Kandidaten durch den Wächterrat als undemokratisch. Auch Condoleezza Rice bezeichnete die neunten Präsidentschaftswahlen als undemokratisch und forderte die Iraner auf, die Wahlen zu boykottieren. Die US-Außenministerin hatte geäußert, dass die iranische Machtelite einen demokratischen Wandel in Iran blockiere.

72 Siehe hierzu die Studie des britischen Konfliktforschers Paul Rogers, Iran: Consequences of a War, in: [www.iranbodycount.org](http://www.iranbodycount.org), Februar 2006 (Zugriff 20. März 2006).

73 Siehe United States National Council. The National Security Strategy of the United States of America, Washington, 2002, in: [www.whitehouse.gov](http://www.whitehouse.gov) (Zugriff: 22. Januar 2007).

74 Siehe dazu Lothar Brock/Anna Geis/Harald Müller, Introduction: The Theoretical Challenge of Democratic Wars, in: Anna Geis/Lothar Brock/Harald Müller (Hg.), *Democratic Wars. Looking at the Dark Side of Democratic Peace*, Houndmills (Palgrave Macmillan), 2006, S. 3-12.

75 Siehe u.a die Rede von US-Präsident George W. Bush vom März 2005, President Discusses war on Terror, in: [www.whitehouse.gov](http://www.whitehouse.gov) (Zugriff: 22. Januar 2007).

76 Vgl. Harald Müller/Stephanie Sohnius, Intervention und Kernwaffen. Zur neuen Nukleardoktrin der USA, Frankfurt (Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, HSFK-Report, Nr. 1), 2006, S. 13-26.

77 Vgl. Houshang Amirahmadi, In the Name of the Iranian People – Regime Change or Regime Reform?, in: American Iranian Council (Hg.), AIC-Update, Jg. 3, Nr. 42, März 2006, S. 2-14.

Rice beantragte in Februar 2006 beim Kongress 75 Millionen US-Dollar, um in Iran die Demokratie zu verbreiten. Diese Gelder sollen für die Unterstützung von oppositionellen Radio- und Fernsehprogrammen verwendet werden.

Politische Beobachter gehen davon aus, dass, wenn die Bush-Regierung im Vorfeld der iranischen Präsidentschaftswahlen diese nicht per se als illegitim betrachtet und die iranische Bevölkerung nicht zum Wahlboykott aufgerufen hätte, die gemäßigten Kräfte, die auf dem Vormarsch waren, womöglich mehr Chancen auf einen Sieg gehabt hätten. Schon damit hätte man von außen Einfluss auf ein anderes Ergebnis nehmen können. Die gegenwärtige Regimewechsel-Strategie der Bush-Administration basiert, wie Ray Takeyh konstatiert, auf einer entscheidenden Fehleinschätzung:

„Contrary to Washington’s depictions, the struggle in Iran is not a simple conflict between the people and the mullahs. Iran’s factional politics, ideological divisions, and political rivalries are much more complex and nuanced. The dissident clerics within the seminaries, the young functionaries waging a turf war in the government, the student organizations defying the authorities, and the women who persistently challenge the prevailing religious strictures are all part of the same movement seeking to liberalize the parameters of the state.“<sup>78</sup>

Hinzu kommt, dass das Streben der iranischen Bevölkerung nach nationaler Unabhängigkeit stärker ausgeprägt ist als von Washington wahrgenommen wird. Die kritische Haltung zur US-Außenpolitik wird in Iran parteiübergreifend geteilt. Diese Haltung resultiert unter anderem aus den Erfahrungen der 1950er Jahre. Der demokratisch gewählte Premierminister Mohammad Mossadegh (1951-1953) wurde mit Hilfe der CIA aus dem Amt geputscht, da er das iranische Erdöl verstaatlichen wollte. Damit stärkten die USA die Machtstellung des damaligen Schahs.<sup>79</sup> Vor dem Hintergrund dieser außenpolitischen Unrechtserfahrung erklärt sich gewissermaßen auch der breite Konsens innerhalb der Bevölkerung darüber, dass Iran das Recht auf die zivile Nutzung der Kernenergie habe und von diesem Recht Gebrauch machen sollte.

Ob der Wahlsieg der Demokraten bei den US-amerikanischen Kongresswahlen im November 2006 und die Rückkehr von Robert Gates in die Politik als Verteidigungsminister auch eine politische Wende für die iranisch-amerikanischen Beziehungen bedeutet, bleibt abzuwarten. Fest steht, dass in den USA eine Debatte über eine neue Iranpolitik geführt wird. Bereits im Jahr 2004 hatte Robert Gates als Co-Autor einen Report für den Council on Foreign Relations verfasst, der für direkte Verhandlungen mit Teheran plädiert.<sup>80</sup> Auch die Baker/Hamilton Kommission schlägt der Bush-Regierung vor, Gespräche mit Teheran zu führen. Noch hält sich die Bush-Regierung die militärische Option offen.

78 Takeyh, a.a.O, (Anm. 67), S. 3-4.

79 Hierbei sollte ein Hof-Militär-Komplex die Machtstellung des Schahs sichern. Zum Hof-Militär-Komplex siehe Ebrahim Towfigh, *Modernisierung und postkoloniale Herrschaft in Iran. Versuch über den Staat*, Frankfurt/M. (Verlag für interkulturelle Kommunikation), 1998, S. 196-203.

80 Zbigniew Brzezinski/Robert M. Gates/Susanne Maloney, *Iran: Time for a new Approach. Report of an Independent Task Force*, in: [www.cfr.org/content/publications/attachments/Iran\\_TF.pdf](http://www.cfr.org/content/publications/attachments/Iran_TF.pdf) (Zugriff: 14. Dezember 2006).

## 6.2 Die Bedeutung der innenpolitischen Dynamiken für die Außenpolitik

Auf der Basis der vorhergehend beschriebenen innenpolitischen Dynamiken wird im Folgenden auf das außenpolitische Verhalten Irans sowohl unter Khatami als auch Ahmadinejad eingegangen. Dabei wird davon ausgegangen, dass die inneren Kräfte- und Machtverhältnisse eine wichtige Rolle im Hinblick auf Erfolg bzw. Misserfolg des außenpolitischen Handelns der beiden Präsidenten spielen.

### 6.2.1 Khatamis Profil in der Außenpolitik

Die Wahlsiege des reformorientierten Klerikers Khatami (1997/2001) erklären sich nicht nur aus der Erwartungshaltung der Bevölkerung nach innenpolitischen Reformen, sondern auch aus der Forderung nach einer Öffnung des Landes gegenüber den westlichen Staaten und einer Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zu ihnen. Nach einer vom Parlamentausschuss im Jahre 2002 in Auftrag gegebenen Umfrage über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu den USA befürworteten 75 Prozent der iranischen Bevölkerung eine Normalisierung der bilateralen Beziehungen. Die Debatte über die Entideologisierung der Religion, die von religiösen Intellektuellen in den 1990er Jahren geführt wurde, hatte nicht nur Auswirkungen auf die Innen-, sondern auch auf die Außenpolitik. Diese postrevolutionären Interpretationen trugen dazu bei, vom revolutionären Anspruch abzurücken und sich den internationalen Normen anzunähern. Gemäß dieser Debatten und der Erwartungshaltung der Bevölkerung beruhte Khatamis Außenpolitik, wie Susanne Maloney feststellt, auf einer Abkehr von der Revolutionsideologie und einer Konfrontation mit der westlichen Welt:

„[...] changes in Iran's foreign policy since 1997 reflect a broader transformation in the political articulation of Iranian post-revolutionary identity that was generated by convergence of Khomeini's death and the war's conclusion and accelerated by the unfettering of public debate via the Khatami-era media renaissance. This transformation has fundamentally altered the domestic playing field of Iranian politics, generating new alliances and opportunities.“<sup>81</sup>

Khatami versuchte, mit der Ausrichtung seiner Außenpolitik auf innenpolitischer Ebene zu punkten und damit die konservativen Kräfte in ihre Schranken zu weisen. Die außenpolitischen Ziele Khatamis bestanden, mit Takeyh, gesprochen darin, den Pariah-Status der Islamischen Republik zu beenden, und das Land in die internationale Gemeinschaft zu integrieren.<sup>82</sup> Khatamis außenpolitische Leistung kann grundsätzlich im Licht seiner Bemühungen um die Völkerverständigung und um den Dialog der Kulturen (*goft-o gu-ye tamadon-ha*) gesehen werden.<sup>83</sup>

81 Suzanne Maloney, *Identity and Change in Iran's Foreign Policy*, in: Shibley Telhami/Michael Barnett (Hg.), *Identity and Foreign Policy in the Middle East*, New York (Cornell University Press), 2002, S. 88-115, hier S. 114.

82 Vgl. a.a.O. (Anm. 67), S. 68.

83 Siehe Declaration on Dialogue Among Civilizations, adopted by the Teheran Islamic Symposium, 2-5 May 1999, in: [www.un.int/iran/dialogue2.html](http://www.un.int/iran/dialogue2.html) (Zugriff: 22. Januar 2007).

Khatami konnte in seiner ersten Amtszeit Irans Image im europäischen Ausland erheblich verbessern, und dies zu einem Zeitpunkt, als sich die westlichen Demokratien zunehmend mit einem sich gewaltsam äußernden islamischen Fundamentalismus konfrontiert sahen. Wie auch Takyeh Khatami attestiert, gelang es ihm ebenfalls, die außenpolitischen Beziehungen Irans zu den arabischen Staaten, darunter Saudi-Arabien, zu verbessern: „Khatami’s Good Neighbor diplomacy finally managed to rehabilitate Iran’s ties with the local regimes.“<sup>84</sup> Unter Khatami versuchte Iran verstärkt, seine Beziehungen zu internationalen Organisationen sowie seine Handelsbeziehungen zu den europäischen (Deutschland, Frankreich, Italien, Russland) und den asiatischen Staaten (China, Japan) auszubauen, um die Isolationspolitik der USA zu umgehen. Diplomatische Beziehungen zu den Vereinigten Staaten konnte Khatami allerdings nicht aufbauen. Khatamis CNN-Interview wurde von den konservativen Blättern wie Resalat und Keyhan scharf kritisiert. Die Konsequenz der amerikanischen Isolationspolitik und der Blockadepolitik der konservativen Machtzentren war, wie auch Takeyh feststellt, dass ein nachhaltiger Wandel in der Außenpolitik Irans verhindert wurde: „[...] Khatami’s enterprising diplomacy fell victim the Iranian hard-liners’ hostility and to American indifference.“<sup>85</sup>

Ein Jahr nach Beginn seiner zweiten Amtszeit sah sich Khatami sowohl innen- als auch außenpolitisch mit enormen Herausforderungen konfrontiert. Auf innenpolitischer Ebene gelang es ihm nicht die Handlungsschranken der Ultrakonservativen abzubauen. Ganz im Gegenteil – durch den Versuch, den außenpolitischen Konflikt mit Washington zu beenden, fühlten sich die Ultrakonservativen herausgefordert und engten seine Handlungsspielräume ein. Ebrahim Towfigh hebt hervor, dass Khatami sich in einer „ausweglosen Situation“ befand und ein „Schattendasein“ fristete.<sup>86</sup> Auf Grund dieser Kräfteverhältnisse und der vorherrschenden Blockadepolitik war es für Khatami keine leichte Aufgabe, hinsichtlich der Nuklearfrage innenpolitisch einen Konsens zu erreichen. Mit der anwachsenden Anzahl von Akteuren und aufgrund divergierender Interessen wurde es für Khatami immer schwieriger, innen- und außenpolitische Entscheidungen zu treffen.<sup>87</sup>

Bereits im August 2002 hatten iranische Exilgruppen die Weltöffentlichkeit darauf aufmerksam gemacht, dass das Land ein verdecktes Nuklearwaffenprogramm betreibe. Khatami wies diesen Verdacht zurück und insistierte auf der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Khatami begründete Irans Nutzung der Kernenergie aus den energiepolitischen Interessen des Landes. Aus der Sicht der IAEO hatte Iran jedoch seine Verpflichtungen nicht eingehalten. Der Verdacht der heimlichen Urananreicherung führte 2003 dazu, dass die IAEO Teheran zur Offenlegung seines Atomprogramms aufforderte. Die Vereinigten Staaten forderten ihrerseits, dass der Zugang des NVV-Mitglieds Iran zu Nukleartechnologien eingeschränkt werden müsste. Im Atomstreit vertrat Khatami die Position,

84 Takeyh, a.a.O., (Anm. 67), S. 69.

85 Ebenda, S. 112-113

86 Ebrahim Towfigh, Islamische Demokratie und Restauration der Theokratie – Diskursanalytische Betrachtung des Reformprozesses in der Islamischen Republik Iran, in: *Orient*, Jg. 45, Nr. 4, 2004, S. 521-547, hier S. 538.

87 Siehe dazu auch Volker Perthes, Risse im Reich der Ayatollahs, *Handelsblatt*, 4. Juli 2006, S. 9.

dass die Nutzung eines zivilen Nuklearprogramms ein legitimes Recht Irans sei. Die Khatami-Regierung sah in der angesprochenen Exportkontrollpolitik und den verhängten Ausfuhrbeschränkungen von Nukleartechnologien seitens der amerikanischen Regierung eine Verletzung des Artikel IV des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages (NVV). Khatamis nationaler Souveränitätsdiskurs löste in der westlichen Welt Kritik aus. Die Konsequenz war, dass der Druck seitens der Vereinigten Staaten erhöht wurde.

Von Oktober 2003 bis August 2005 führten die EU-3 (Deutschland, Frankreich und Großbritannien) Verhandlungen mit Iran. Die EU-3 erkannten Irans unveräußerliches Recht der zivilen Nutzung der Kernenergie unter Berücksichtigung von Artikel I und II des NVV an. In der Tat ist laut Artikel IV des Nichtverbreitungsvertrags die Unterhaltung eines zivilen Nuklearprogramms ein völkerrechtlich verbrieftes Recht Irans.<sup>88</sup> Die EU-3 wollten bei den Verhandlungen dennoch erreichen, dass Iran auf sein Recht, Uran anzureichern, verzichtet und damit der Welt signalisiert, dass das Land keine Ambitionen hege, ein Nuklearwaffenprogramm zu betreiben. Iran sollte also mit der Beendigung seiner Urananreicherungsaktivitäten zur regionalen und internationalen Vertrauensbildung beitragen. Reformer, Pragmatiker und die pragmatischen Konservativen erkannten, dass angesichts des außenpolitischen Drucks eine Politik der Deeskalation erforderlich war. Sie einigten sich schließlich darauf, das Zusatzprotokoll zu unterzeichnen. Am 18. Dezember 2003 unterzeichnete die Khatami-Regierung freiwillig das von der IAEO geforderte Zusatzprotokoll zum Atomwaffensperrvertrag, um ihre Glaubwürdigkeitsverlust wieder gut zu machen. Mit dem Zusatzprotokoll verpflichtete sich Iran, den IAEO-Inspektoren unangekündigte Kontrollen zu erlauben, Berichte über den Import von Nukleartechnik vorzulegen und die Urananreicherung auszusetzen. Die EU-3 stellten Iran eine engere wirtschaftliche und sicherheitspolitische Zusammenarbeit in Aussicht.

Die konservative Mehrheit im Parlament sorgte jedoch dafür, dass die Reformer eine Ratifizierung des Zusatzprotokolls nicht durchsetzen konnten. Beobachter vermuten, dass die Reformer im Inland maßgeblich daran scheiterten, weil die EU ihnen im Nuklearstreit kein greifbares Angebot vorgelegt hatte. Beobachter mutmaßen weiter, dass, wenn die USA der Khatami-Regierung entgegengekommen wären und sie Iran bilaterale Sicherheitsgarantien angeboten hätten, diese womöglich im Parlament eine Ratifizierung des Zusatzprotokolls hätten erwirken können.

### 6.2.2 *Ahmadinejads Profil in der Außenpolitik*

Zunächst soll an dieser Stelle noch einmal betont werden, dass sich der Wahlsieg Ahmadinejads (2005) maßgeblich aus seinen Versprechungen, endlich wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit walten zu lassen, erklären lässt. Sein Wahlkampf konzentrierte sich, wie zuvor beschrieben wurde, auf innenpolitische Themen. Außenpolitische Fragen spielten für seinen Wahlsieg kaum eine Rolle. Doch Khatamis Nachfolger hat sich nicht ernsthaft mit der Realisierung seiner Ankündigungen aus dem Wahlprogramm beschäftigt. Entgegen seiner vollmundigen Versprechungen, eine effizientere Sozial- und Wirtschaftspolitik als

88 Vgl. Akbari, a.a.O. (Anm. 71), S. 40

die Khatami-Regierung zu betreiben, hat sich die Wirtschaftslage für die Entrechteten (*mosta'zafin*) nicht verbessert. Der gegenwärtige Staatspräsident hat sich selbst disqualifiziert, weil er bislang in der Sozialpolitik keine Erfolge vorweisen konnte. Um von diesen innenpolitischen Schwierigkeiten abzulenken, hat der Staatspräsident, wie Bahman Nirumand betont, die „Flucht nach vorn“ ergriffen, indem er außenpolitisch Krisen heraufbeschwört.<sup>89</sup> Die Innenpolitik ist also der entscheidende Antrieb für Ahmadinejads außenpolitisches Agieren.

Dabei unterscheidet sich Ahmadinejads Profil erheblich von dem seines Vorgängers. Ahmadinejads Außenpolitik schließt an die Politik der ersten Revolutionsjahre an. Seine antiisraelische Rhetorik unterstreicht dies. Ahmadinejads außenpolitische Leitlinie heißt: Weg vom Westen und hin zu nichtwestlichen Bündnispartnern, die geostrategische und wirtschaftliche Interessen mit Iran teilen. Eine Verbesserung der Wirtschaftsbeziehungen zu nichtwestlichen Staaten wurde zwar bereits in der Khatami-Ära eingeleitet. Doch während dieser gleichzeitig den Dialog mit der westlichen Welt suchte, gibt es deutliche Anzeichen dafür, dass sein Nachfolger diese Ansätze rückgängig zu machen versucht. Ahmadinejads Außenpolitik setzt auf eine verstärkte Orientierung hin zu den vermeintlichen „Verbündeten“ China und Russland. Diese verbindet traditionell eine Energie- und Technologiezusammenarbeit.

Die iranische Energiepolitik ist zweifelsohne ein zentraler Bestandteil der nationalen Sicherheitsstrategie. Iran ist der viertgrößte Ölproduzent der Welt. Allein das chinesisch-iranische Gasabkommen vom Oktober 2004 umfasst eine umfangreiche Beteiligung der chinesischen Ölkonzerne. Gerade durch die wirtschaftspolitischen Verflechtungen mit den beiden Veto-Mächten China und Russland versucht Iran, auf diplomatischem Wege Einfluss auf den Ausgang des Atomstreits zu gewinnen. In diesem Sinne nahm Ahmadinejad am 15. Juni 2006 als Beobachter am Gipfeltreffen der Shanghaier Organisation (SOZ) teil. Er bekundete das Interesse Irans an einer SOZ-Vollmitgliedschaft.<sup>90</sup>

Über diesen außenpolitischen Kurswechsel hinaus zeigen sich die westlichen Staaten insbesondere wegen der zunehmenden antiisraelischen Rhetorik des iranischen Staatspräsidenten besorgt. Anlass für Besorgnis gaben nicht nur die Leugnung des Holocausts im Dezember 2005 durch Staatspräsident Ahmadinejad, sondern auch die seit Oktober 2005 wiederholte Androhung von Gewalt gegenüber dem Staat Israel. Die vorherrschende Interpretation, Ahmadinejad habe die Hisbollah-Milizen mobilisiert, um vom iranischen Atomkonflikt abzulenken, wird inzwischen von Hisbollah-Experten angezweifelt. Die Entführung der beiden israelischen Soldaten und der darauf folgende Libanon-Krieg (2006) lassen sich aus Sicht der Experten nicht einfach aus den engen Beziehungen zwischen der libanesischen Hisbollah und der iranischen Regierung erklären. Sie heben hervor, dass sich seit dem Wahlsieg Ahmadinejads die Beziehungen Irans zu schiitischen oder sunnitischen Gewalt-

89 Vgl. [www.nzz.ch/2006/06/10/fe/articleE6YE2.html](http://www.nzz.ch/2006/06/10/fe/articleE6YE2.html) (Zugriff: 15. November 2006).

90 Auch Mehdi Sanai, Direktor des Zentrums für Studien Russlands, Zentralasiens und des Kaukasus in Teheran unterstreicht die Bedeutung der SOZ für Iran siehe [www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Asien/soz.html](http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Asien/soz.html) (Zugriff: 1. Dezember 2006).

akteuren, wie etwa den libanesischen Hisbollah-Milizen oder den Hamas-Milizen verdichtet haben. Hisbollah-Experten wie Stephan Rosiny betonen allerdings, dass die Hisbollah und Iran trotz der engen Beziehungen zwei unabhängige Akteure mit eigenen Interessen sind.<sup>91</sup> Laut Experten spricht manches dafür, dass Iran gerade nicht das Interesse hatte, in einen solchen Konflikt verwickelt zu werden. Denn Iran hätte durch eine operative Unterstützung der Hisbollah seinen Kontrahenten im Atomkonflikt (USA und Israel) weitere Argumente für deren Drohkulisse geliefert.<sup>92</sup>

Die verbale Unterstützung der Hisbollah durch Ahmadinejad trug zwar dazu bei, dass er sein Ansehen in der arabischen Welt verbessern konnte, in Iran selbst stießen seine Äußerungen allerdings auf wenig Zuspruch. Die Äußerung „*We should save our own house first and then save the mosque*“<sup>93</sup> [Hervorheb. Sadjadpour] gibt die dominierende Haltung innerhalb der Bevölkerung hierzu wieder. Ahmadinejads Strategie durch außenpolitische Provokation einerseits und Anerkennung in der arabischen Bevölkerung andererseits seine innenpolitische Position in Iran gegenüber den konkurrierenden Machtzentren zu stärken, scheint nicht ganz aufgegangen zu sein. Die jüngsten Wahlergebnisse der Expertenratswahlen zu ungunsten der Ultrakonservativen sind ein Beleg hierfür und zeigen, dass Ahmadinejads Außenpolitik im Inland wenig Zuspruch findet.

Fest steht auch, dass die Äußerungen Ahmadinejads die Verhandlungspositionen um das iranische Nuklearprogramm verhärtet haben. Nach Expertenmeinungen stellt das Atomprogramm insbesondere für die Ultrakonservativen ein Prestigeobjekt dar. Wie Reza Khatami konstatiert, sind sie der Überzeugung, dass Irans Regierungsstruktur

„[...] völlig verschieden von allen anderen Regierungsformen der Welt sei und dass der Westen niemals Iran akzeptieren werde und stets Druck ausüben werde: Erst ist es die Atomkraft, dann sind es die Menschenrechte oder etwas anderes. Deshalb wollen sie ein Land, das alle seine Bedürfnisse selbst decken kann. Sie glauben, dass die Erfahrungen des Krieges nützlich sind und die Isolation die Unabhängigkeit des Iran stärkt.“<sup>94</sup>

Auch die Kriegserfahrungen mit dem Nachbarland Irak spielen eine wichtige Rolle im Sicherheitsdenken der Ultrakonservativen. Während des Iran-Irak-Krieges sah sich Iran Angriffen mit Chemiewaffen ausgesetzt, die, wie Staatspräsident Ahmadinejad betont, von den westlichen Staaten ignoriert wurden: „*For eight years Saddam's regime imposed a massive war of aggression against my people. It employed the most heinous weapons of mass destruction including chemical weapons against Iranians [...] what was the reaction of those who claim to fight against WMDs regarding the use of chemical weapons then?*“<sup>95</sup> [Hervorheb. von Ray Takeyh] Die ultrakonservative Sicherheitspolitik ist aber auch das Ergebnis

91 Vgl. taz, 9. August 2006.

92 Vgl. hierzu Heiko Flottau, Die Politik der Eskalation. Hisbollah, Israel und das koloniale Erbe, in: Blätter für deutsche und Internationale Politik, Jg. 51, Nr. 9, 2006, S. 1079-1089.

93 Karim Sadjadpour, How Relevant is the Iranian Street?, in: The Center for Strategic and International Studies and the Massachusetts Institute of Technology (Hg.), Washington Quarterly, Jg. 30, Nr. 1, Winter 2006-2007, S. 151-162, hier S. 154.

94 Tagesanzeiger, 6. März 2006, in: tages-anzeiger.ch/dyn/news/ausland/600172.html (Zugriff: 5. April 2006).

95 Takeyh, a.a.O., (Anm. 67), S. 149.

der Nuklearpolitik der nicht-offiziellen Kernwaffenstaaten Israel, Indien und Pakistan. Obwohl beispielsweise Indien den Nichtverbreitungsvertrag nicht unterzeichnet hat, gestehen die USA Indien die zivile Nutzung der Kernenergie zu. Vor allem die Ultrakonservativen prangern diese Ungleichbehandlung an und erklären, dass Iran sich dem Willen des Westens nicht beugen werde.<sup>96</sup>

Die Anreicherung von Uran wurde mit dem Wahlsieg Ahmadinejads wieder aufgenommen.<sup>97</sup> Iran erklärte, dass das Land das Zusatzprotokoll nicht ratifizieren werde.<sup>98</sup> Die IAEO drohte Iran für den Fall, dass das Land es ablehnt, zu kooperieren, den UN-Sicherheitsrat einzuschalten, der Sanktionen gegen Iran erlassen kann. Iran wirft der IAEO wiederum vor, politisch zu agieren und sich von der Position der USA vereinnahmen zu lassen.<sup>99</sup> Überdies werfen die Ultrakonservativen Washington vor, mit den Vorwürfen gegen Iran von ihren Schwierigkeiten in Irak ablenken zu wollen. Die Aussage des Vorsitzenden des Wächterrates Ayatollah Jannati „*We do not welcome sanctions, but if we threatened by sanctions, we will not give in*“<sup>100</sup> [Hervorheb. Takeyh] macht die Grundposition der Ultrakonservativen zu Sanktionen deutlich.

Unbeeindruckt von Irans Argumenten rief der IAEO-Gouverneursrat in Februar 2006 schließlich den UN-Sicherheitsrat an. Gemäß Kapitel VII, Artikel 41 der UN-Charta ist der Sicherheitsrat befugt, Sanktionen einzuleiten. Im Juli 2006 setzte er Iran ein Ultimatum, bis zum 31. August den Forderungen der IAEO nachzukommen. Diese lauteten, dass Teheran als Voraussetzung für die Aufnahme von Verhandlungen über die Urananreicherung diese zuerst stoppen soll. Selbst die vermeintlichen Verbündeten Irans (China und Russland) stimmten der UN-Resolution (1696) zu. Seit September 2006 ist das Ultimatum gegen Iran abgelaufen. In diesem Zeitraum hat Iran die Urananreicherungsaktivitäten fortgesetzt.

### 6.2.3 Stärkung des Checks and Balance-Systems durch den Revolutionsführer

Ahmadinejads radikale Äußerungen gegen Israel wurden offensichtlich auch seitens der konservativen Staatselite in Iran mit Argwohn betrachtet. Die klerikale Führung befürchtete, die verbalen Äußerungen Ahmadinejads könnten dazu führen, dass alle Brücken Teherans zu den europäischen Entscheidungsträgern abgebrochen und der UN-Sicherheitsrat eingeschaltet werde. Allen voran bemühte sich Rafsanjani auf seine Art die Wogen zu glätten. In seiner Freitagspredigt in Teheran sagte er, dass Iran sowohl Juden als auch das Judentum respektiere: „*Wir haben keine Probleme mit Juden und dem hochgeschätzten Judentum als Buchreligion*“. Wie Karim Sadjadpour hervorhebt, werden die verbalen Drohungen gegen-

96 Vgl. Tagesspiegel, 6. August 2005.

97 Zum Stand der iranischen Atomrüstung siehe z.B. Michael Brzoska/Götz Neuneck/Oliver Meier, Die Diplomatie ist noch nicht am Ende: Gegen den Alarmismus im Atomstreit mit dem Iran, Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Nr. 37, Hamburg, März 2006, S. 1-8.

98 Vgl. Z.B. NZZ, 9. August 2005.

99 Vgl. dazu FAZ, 19. September 2005.

100 Takeyh, a.a.O. (Anm. 67), S. 150.



über Israel innerhalb der politischen Elite in Iran kaum geteilt. Aus dem Reformlager kritisierte allen voran die „Partizipationsfront des islamischen Iran“ die verbalen Drohungen des Staatspräsidenten: „*When the country is facing an international crisis, such expressions impose a heavy burden on the country's political, security and economic interests.*“<sup>101</sup> [Hervorheb. Sadjadpour] Die vorherrschende Meinung innerhalb der Bevölkerung lautet, wie auch Sadjadpour konstatiert: „*We needn't be more Palestinian than the Palestinians themselves.*“<sup>102</sup> [Hervorheb. Sadjadpour]. Es besteht auch ein Konsens darüber, dass Iran durch verbale Drohungen nicht in einen Krieg manövriert werden darf.

Aus den vorangegangenen Ausführungen leitet sich die Frage ab, bei wem eigentlich die Verantwortung für die Außenpolitik liegt. Selbst wenn es im Ausland nur bedingt wahrgenommen wird, so sind die außenpolitischen Entscheidungskompetenzen Ahmadinejads doch begrenzt. Das Gewaltmonopol liegt laut Verfassung beim Revolutionsführer. Dessen in der Verfassung verankerte privilegierte Position schränkt den Handlungsspielraum des Staatspräsidenten stark ein. Laut Verfassung muss er sich in entscheidenden außenpolitischen Fragen dem Revolutionsführer unterordnen. Trotz der verfassungsrechtlichen Einschränkungen ist es Ahmadinejad in der politischen Praxis gelungen, die Machtstellung des Staatspräsidenten erheblich zu verbessern. Er und sein Außenminister Mottaki konnten bislang eine personelle Neustrukturierung des Außenministeriums erwirken.<sup>103</sup> Die besondere Machtstellung Ahmadinejads liegt vor allem darin begründet, dass ein Teil der paramilitärischen Gruppierungen ihn als ihren Repräsentanten ansehen. Die aktuellen Spannungsverhältnisse sind nach Ansicht von Experten Ausdruck dafür, dass der neue Staatspräsident die Macht des klerikalen Establishments zu marginalisieren vermochte und der herrschende Klerus seinerseits dem zunehmenden Gewicht der paramilitärischen Kräfte unter der Führung des Staatspräsidenten zu begegnen versucht.

Ahmadinejad sieht sich gegenwärtig auf innenpolitischer Ebene einer doppelten Frontstellung gegenüber. Einerseits steht er aufgrund seiner Wahlversprechungen unter enormem Druck; andererseits muss er sich gegen die klerikale Elite aus dem pragmatisch-konservativen Lager behaupten. Längst ist ein Kampf um die Machtverteilung zwischen dem herrschenden Klerus und dem Präsidenten ausgebrochen. Dies ist daran ablesbar, dass die Machtbefugnisse des von Rafsanjani geleiteten Feststellungsrates vom Revolutionsführer erweitert worden sind und dieser somit aufgewertet wurde. Er fungiert nun als Aufsichtsorgan über Exekutive, Legislative und Judikative. Da Rafsanjani künftig als Vorsitzender des Feststellungsrates über den drei Gewalten stehen wird, ist er in der Position, die außenpolitischen Richtlinien des Landes stärker als bisher bestimmen zu können. Experten vermuten, dass Rafsanjani langfristig versuchen wird, das System der „Checks and Balances“ durch den Feststellungsrat zu stärken, um damit den Staatspräsidenten künftig stärker kontrollieren zu können. Die Erweiterung der Machtkompetenzen des Feststellungs-

101 Sadjadpour, a.a.O. (Anm. 93), S. 154.

102 Ebenda, S. 154.

103 Die ersten Veränderungen sind bereits an der neuen Personalbesetzung im Außenministerium erkennbar. Vierzig Botschafter, die der Regierung als zu liberal galten, wurden ihrer Ämter enthoben.

rates durch den Revolutionsführer gilt als ein Zeichen dafür, dass dieser bestrebt ist, den Einfluss der pragmatischen Konservativen als Gegengewicht zu den radikalen Konservativen zu stärken. Dabei scheint der Revolutionsführer bemüht zu sein, unterschiedliche Positionen innerhalb der Sicherheitsdebatte zu Wort kommen zu lassen, wie auch Takeyh hervorhebt:

„[...] despite Western perceptions that the nuclear issue is decided by a narrow band of conservatives, Ayatollah Khamenei has broadened the parameters of the debate to include relevant elites from across the political spectrum in the nuclear deliberations. Thus, Reformers out of Power, moderate Conservatives struggling against their reactionary brethren, as well as professionals from key bureaucracies are allowed to stress their point of view.“<sup>104</sup>

Die Darstellung der veränderten politischen Machtstrukturen hat gezeigt, dass das konservative Lager uneins ist und die politischen Machtstrukturen nicht in den Händen der Ultrakonservativen vereinigt sind. Es stehen sich innerhalb der konservativen Elite zwei Lager gegenüber: zum einen das Lager der radikalen Konservativen und zum anderen das Lager der pragmatischen Konservativen. Die erhöhten Machtkompetenzen des Rates zur Feststellung der Staatsinteressen bedeuten konkret, dass die Spielräume der Pragmatiker sich vergrößert haben und diese somit als Verhandlungspartner auf außenpolitischer Ebene agieren können.

## 7. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

### 7.1 Schlussfolgerungen

In der vorliegenden Analyse wurde zunächst darauf hingewiesen, dass das politische System Irans einen hybriden Charakter aufweist: Es entspricht nicht einer Demokratie, aber es weist einzelne demokratische Mechanismen auf. Die politische Elite zeichnet sich durch Heterogenität aus. Wie in der obigen Analyse festgestellt wurde, haben die konkurrierenden Akteure dazu beigetragen, dass in Bezug auf wichtige außenpolitische Themen, wie das der Nuklearfrage, keine Entscheidung zustande kam.

Das Sichtbarmachen der Grenzen politischer Reform- und Handlungsspielräume, die in der internationalen Wahrnehmung häufig übersehen werden, lässt das Fazit zu, dass die Handlungsspielräume der gewählten Akteure in Iran auf Grund der asymmetrischen Machtverteilung innerhalb der politischen Institutionen eingeschränkt sind und die alten klerikalen Eliten (Revolutionsführer/Rafsanjani) weiterhin über erhebliche Machtressourcen verfügen. Aus der Analyse wurde deutlich, dass trotz der ultrakonservativen Regierung die formalen Zuständigkeiten für die Außen- und Sicherheitspolitik beim Revolutionsführer und dem Feststellungsrat liegen. Der Entscheidungsspielraum bzw. die Steuerungsmöglichkeiten des Präsidenten und des Parlaments sind daher durch die theokratischen Vetospieler begrenzt. Ironischerweise haben diese Handlungsschranken sich als

104 Takeyh, a.a.O. (Anm. 67), S. 151.

effektiv erwiesen, um die radikalen Kräfte in Schach zu halten. Wie auch schon sein Vorgänger Khatami besitzt Staatspräsident Ahmadinejad in substanziellen innen- und außenpolitischen Fragen kaum Entscheidungsfreiheit. Die vorliegende Studie konnte jedoch einen essenziellen Unterschied im Umgang der beiden Präsidenten mit der Blockadepolitik der Vetoakteure feststellen. Während Khatami der Blockadepolitik nicht konsequent entgegentrat, um einen Bürgerkrieg zu vermeiden, versucht Ahmadinejad, mit seiner der schiitischen Kulturrevolution entlehnten Rhetorik Widerstand zu leisten.

Ahmadinejads revolutionär-religiöse Rhetorik und Inszenierung auf der internationalen Bühne können als Teil des innenpolitischen Spiels gedeutet werden. Sie weist im Ganzen darauf hin, dass die revolutionären Ideen von ihm zur Rechtfertigung von rationalmotivierten Entscheidungen herangezogen werden. Seine revolutionäre Rhetorik kann als Beleg dafür angesehen werden, dass er versucht, seine beschränkte innen- und außenpolitische Entscheidungsfreiheit darüber auszuweiten. Ahmadinejad geht es also offensichtlich um eine Neuregelung der Kompetenzverteilung. Denn entgegen der gängigen Wahrnehmung im Ausland, kann der Staatspräsident nicht über Krieg oder Frieden entscheiden, dies steht allein dem Revolutionsführer zu. Ahmadinejads Rhetorik hat jedoch, wie oben aufgezeigt wurde, in der politischen Praxis dazu geführt, dass die Eskalationsgefahr enorm gestiegen ist.

Überdies wurde festgestellt, dass der Generationenwechsel innerhalb der politischen Elite von Ultrakonservativen und nicht von Reformern vollzogen wurde. Die jüngere Generation der Ultrakonservativen will den Staat vollständig unter ihre Kontrolle bringen. Sie wirft der klerikalen Staatsmacht vor, die Ideale der Islamischen Revolution verraten zu haben. Dies lässt die Schlussfolgerung zu, dass es bei den Machtkämpfen nicht nur um eine machtpolitische Weichenstellung, sondern auch um eine ideelle Auseinandersetzung zwischen Gegnern und Befürwortern der Republik als Staatsform geht.

Außerdem wies der Report darauf hin, dass das Scheitern der staatlichen Reformer und das Erstarken der ultrakonservativen Kräfte sich nicht auf ein fehlendes Demokratisierungspotenzial innerhalb der Zivilgesellschaft in Iran zurückführen lassen. Vielmehr sind in Iran Demokratisierungspotenziale zu erkennen. Der Modernisierungsprozess ist nicht aufzuhalten, auch wenn die schiitischen Dogmatiker das Rad der Geschichte etwa durch die Militarisierung von Herrschaft und der Re-Islamisierung der Gesellschaft zurückdrehen wollen. Ob die Reformer in absehbarer Zukunft unter einer ultrakonservativen Regierung ihre Ohnmacht überwinden werden, hängt von mehreren Faktoren ab. Im Hinblick darauf lassen sich folgende Prognosen treffen:

Kurz- bis mittelfristig gesehen muss die Reformfraktion zunächst in dem laufenden „Spiel“ gewinnen, um auf innen- und außenpolitischer Ebene etwas verändern zu können. Das heißt, ihr muss wieder der Einzug in die bestehenden Institutionen gelingen. In der gegenwärtigen Situation kommt die Reformfraktion nicht umhin, mit den pragmatischen Konservativen eine Koalition einzugehen, um gemeinsam gegenüber den radikalen Kräften entscheidungs- und handlungsfähig zu sein.

Langfristig gesehen wird der Einfluss der staatlichen Reformer auf die zivilgesellschaftlichen Akteure insbesondere davon abhängen, inwieweit es ihnen gelingt, ein alternatives

Reformmodell zu konzipieren und die säkularen Akteure zu integrieren. Um ihre Glaubwürdigkeit wiederherzustellen, müssen die staatlichen Reformer alternative Lösungsansätze in Bezug auf die vorherrschende Dichotomie „Republikanismus vs. Theokratie“ anbieten und stabile politische Institutionen etablieren. Hierzu ist eine moderne Restrukturierung ihrer Binnenorganisationen notwendig. Für den Erfolg der Reformbewegung ist die Formulierung einer neuen institutionellen Logik erforderlich, die auf überindividuellem Denken basiert. Doch wenn die Reformer weiterhin die gleichen Abhängigkeits- und Loyalitätsmuster reproduzieren und nur darauf bedacht sind, wechselnde Machtbalancen – Reformer vs. Konservative – zu überleben, sind ihre Chancen, wirkliche politische Reformen einzuleiten, äußerst gering. Eine stabile demokratische Ordnung kann nur dann etabliert werden, wenn die politische und soziale Kohäsion nicht durch ein neues Patronageverhältnis zustande kommt und nicht davon abhängt, was die Reformer ihren Gefolgsleuten anbieten. Wie aus der Analyse deutlich wurde, blendete der Reformdiskurs der 1990er Jahre die Frage der existenziellen Armut und der wirtschaftlichen Ungleichheit vollkommen aus. Die Reformer müssen kritisch hinterfragen, wie viel Demokratisierung durchsetzbar ist, wenn man die sozioökonomischen Faktoren unberücksichtigt lässt. Folglich müssen die Reformer ihr Demokratiemodell überdenken und die Frage der sozialen und wirtschaftlichen Gerechtigkeit als fundamentalen Bestandteil in ihr Konzept integrieren. Die zivilgesellschaftlichen Akteure können politisch nur dann erfolgreich sein, wenn sie nicht in Staat, Ökonomie und Politik aufgehen, sondern sich ihre Unabhängigkeit bewahren, da diese die Basis der ihnen zgedachten Ausgleichs- und Kontrollfunktion bildet. Für Staatspräsident Ahmadinejad wird die größte innenpolitische Herausforderung, wie aufgezeigt wurde, darin liegen, sein Wahlversprechen einzulösen. Mittel- und langfristige gesehen muss der populistische Präsident wirtschaftliche Erfolge vorweisen, wenn er zukünftig für seine Wählerschaft glaubwürdig bleiben möchte. Die Bevölkerung wird den Präsidenten an seinen Erfolgen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik messen, wie die jüngsten Kommunalwahlen gezeigt haben.

Die vorliegende Studie kommt auch zu dem Ergebnis, dass die Isolationspolitik der Clinton-Administration und die Drohpolitik der Bush-Administration die Handlungsspielräume der Reformkräfte in Iran eingeschränkt haben. Die Betrachtung der US-amerikanischen Iranpolitik lässt den Schluss zu, dass äußere Einflussnahme in Form von Isolationspolitik gegenüber Iran nicht zu Demokratie und Frieden geführt hat. Im Gegenteil: Die Wahrscheinlichkeit, dass innerstaatliche Konflikte (ideologischer, religiöser und ethnischer Natur) sich in Iran verschärfen, hat zugenommen. Die amerikanische Strategie, durch außenpolitischen Druck auf Teheran die demokratischen Tendenzen gegenüber den nichtdemokratischen zu stärken, hatte bislang den gegenteiligen Effekt. Sie hat die Einflussmöglichkeiten der paramilitärischen Gewaltakteure erheblich verbessert und damit zu einer deutlichen Schwächung der zivilen demokratischen Kräfte beigetragen.

## **7.2 Empfehlungen**

Aus der Analyse der Grenzen politischer Reform- und Handlungsspielräume, der Iranpolitik der Vereinigten Staaten und der Bedeutung innerer Dynamiken für die Außenpolitik

lassen sich folgende Empfehlungen formulieren: Für das Ausland ist es dringend notwendig, sich mit den internen Debatten und den Eigenheiten der verschiedenen politisch-religiösen Strömungen in Iran zu befassen, um ihre spezifische Dynamik zu verstehen. Denn ohne die innenpolitischen Implikationen en détail zu ergründen, kann Irans Außenpolitik nicht adäquat beurteilt werden und führt zu Fehlschlüssen.

Für die europäische Iranpolitik ist trotz außenpolitischer Dissonanzen eine Fortsetzung des politischen Dialogs mit Iran notwendig. Denn der Aufstieg der Ultrakonservativen bedeutet nicht zugleich, dass die Reformbewegung in Iran bedeutungslos geworden ist. Um den inneren Frieden in Iran von außen nicht zu gefährden sowie die Reformer und die pragmatischen Konservativen gegenüber den Radikalen zu stärken, ist es sinnvoll, dass Washington direkte Gespräche mit Teheran führt. Diese Empfehlung teilen auch anerkannte Iranexperten in den USA wie Larry Diamond, Michael MacFaul und Abbas Milani.<sup>105</sup> Auch sie gehen davon aus, dass als positive Folge eine erneute Machtverschiebung auf innenpolitischer Ebene zugunsten der moderaten Kräfte, die für eine politische Öffnung Irans gegenüber den westlichen Staaten eintreten, denkbar wäre. Auf der Basis der Analyse der innen- und außenpolitischen Verzahnung in Iran ist diese Strategie der Schlüssel für die von der internationalen Staatengemeinschaft herbeigesehnte Abkehr vom Konfrontationskurs der iranischen Außenpolitik. Eine Annäherung der westlichen Staaten an Teheran könnte dazu beitragen, dass sich die Pragmatiker und die gemäßigten Kräfte langfristig durchsetzen. Denn die Chance, dass die Pragmatiker womöglich einen größeren Einfluss auf die Außenpolitik nehmen, scheint gestiegen zu sein. Für diese Mutmaßung spricht die Machtverschiebung zugunsten der Pragmatiker bei den Expertenratswahlen im Dezember 2006. Mit einer Verringerung des seitens der Bush-Regierung ausgeübten Drucks steigt gleichzeitig die Chance für eine Vergrößerung der Spielräume der Zivilgesellschaft. Allerdings ist eine von außen betriebene Demokratieförderung mittels ideeller und finanzieller Unterstützung von ausgewählten zivilgesellschaftlichen Organisationen mit erheblichen Risiken verbunden, da diese rasch als Handlanger des Westens gebrandmarkt werden und somit innenpolitisch disqualifiziert sind. In diesem Fall führt die beabsichtigte Demokratieförderung gar zum gegenteiligen Ergebnis – die Handlungsspielräume der demokratischen Zivilgesellschaft werden eingeschränkt.

Auch wenn die Lösung des Nuklearstreits auf diplomatischem Wege schwierig erscheint, kommen die beteiligten Akteure nicht umhin, den Streit diplomatisch zu lösen. Zu bedenken bleibt, dass umfassende Sanktionen oder gar ein völkerrechtswidriger Präventivschlag seitens der USA oder Israel die Gefahr einer Eskalation des Konflikts erhöhen. Die Folgen eines militärischen Schlages wären für den gesamten Nahen und Mittleren Osten gravierend. Zum einen würde Iran dies zum Anlass nehmen, aus dem nuklearen Nichtverbreitungsvertrag auszutreten. Zum anderen würde dies die Gefahr mit sich bringen, dass sich die unkontrollierbare Gewaltspirale, wie sie in Irak zu beobachten ist, auch in Libanon, Palästina und Iran dreht.

105 Vgl. hierzu Michael MacFaul/Larry Diamond/Abbas Milani, A Win-Win U.S. Strategy for Dealing with Iran, *The Washington Quarterly*, Jg. 30, Nr. 1, 2006-07, S. 121-138.

Eine friedliche Lösung der Nuklearstreits wird aber auch davon abhängen, inwiefern die pragmatischen Konservativen ihren Einfluss nutzen können, um die Hardliner in Schach zu halten. Eine friedliche Lösung kann nur erreicht werden, wenn die USA mit in die Verhandlungen um das iranische Nuklearprogramm einbezogen werden. Sie müssen die Strategie des Regimewechsels und der unilateralen Gewaltandrohung fallen lassen und Iran bilaterale Sicherheitsgarantien anbieten. Eine langfristige Lösung der iranischen Nuklearkrise scheint nur durch alternative regionale und internationale Dialogkonzepte, die die iranischen Sicherheitsbedürfnisse berücksichtigen, möglich zu sein. Daher sollten parallel zu den Verhandlungen Gespräche über eine kernwaffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten initiiert werden.<sup>106</sup>

106 Dazu siehe Claudia Baumgart/Harald Müller, Eitler Traum oder erreichbares Ziel? Die Idee einer kernwaffenfreien Zone im Nahen Osten, Frankfurt (Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, HSFK-Report, Nr. 10), 2004.